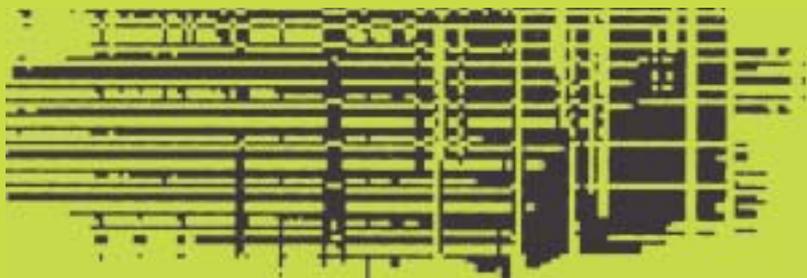


Giovanni Arrighi u.a.

# KAPITALISMUS RELOADED



**Kontroversen zu Imperialismus,  
Empire und Hegemonie**

VSA

Giovanni Arrighi u.a.  
KAPITALISMUS RELOADED



Giovanni Arrighi u.a.

# **KAPITALISMUS RELOADED**

Kontroversen zu Imperialismus,  
Empire und Hegemonie

Herausgegeben von  
Christina Kaindl, Christoph Lieber,  
Oliver Nachtwey, Rainer Rilling und Tobias ten Brink

VSA-Verlag Hamburg

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher finanzieller Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

© VSA-Verlag 2007, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Titelgrafik: Julia Schnegg (Berlin), E-Mail: hks13@freenet.de  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg  
ISBN 978-3-89965-181-2

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	7
----------------------	---

## **Welcher Kapitalismus?**

Alex Callinicos

<b>Benötigt der Kapitalismus das Staatensystem?</b> .....	11
---	----

Kees van der Pijl

<b>Globale Rivalitäten und Aussichten auf Veränderung</b> .....	33
---	----

Rainer Rilling

<b>Imperialität</b> .....	53
---------------------------	----

## **Produktion und Macht**

Andreas Boes/Tobias Kämpf

<b>Lohnarbeit reloaded</b> .....	80
----------------------------------	----

Arbeit und Informatisierung im modernen Kapitalismus

Stefanie Hürtgen

<b>Globalisierungskritik statt Modellanalyse</b> .....	104
--	-----

Das Beispiel der Elektronik-Kontraktfertigung  
in Mittel- und Osteuropa

Hans Jürgen Krysmanski

<b>Geldmacht</b> .....	126
------------------------	-----

Strukturen und Akteure des Reichtums

## **Weltmarkt und Staat**

Peter Gowan

<b>Weltmarkt, Staatensystem und Weltordnungsfrage</b> .....	146
---	-----

Frank Unger

**George W. Bush im historischen Kontext**

<b>US-amerikanischer Außenpolitik</b> .....	171
---	-----

Frank Deppe	
<b>»Euroimperialismus«</b> .....	197
Anmerkungen zu einem neuen Schlagwort	
Ingo Malcher	
<b>Nach dem Neoliberalismus?</b> .....	220
Linkswende in Lateinamerika und ihre Perspektiven	
<b>China</b>	
Giovanni Arrighi	
<b>Adam Smith in Beijing</b> .....	243
Hyekyung Cho	
<b>Sozialistische Fata Morgana in kapitalistischer Wüste</b> .....	252
Die Illusion vom chinesischen Sozialismus	
Rolf Geffken	
<b>Klassenkampf statt Marktsozialismus?</b> .....	268
China auf neuen Wegen oder auf altem Wachstumspfad?	
<b>Ideologie und Subjekt</b>	
Rosemary Hennessy	
<b>Deregulierung des Lebens</b> .....	278
Körper, Jeans und Gerechtigkeit	
Mario Candeias	
<b>Leben im Neoliberalismus</b> .....	305
Zwischen erweiterter Autonomie, Selbstvermarktung und Unterwerfung	
Christina Kaindl	
<b>Die extreme Rechte in Europa</b> .....	328
Teil des herrschenden Blocks oder Gegenhegemonie?	
<b>Neoliberalismus</b>	
Dieter Plehwe/Bernhard Walpen	
<b>Neoliberale Denkkollektive und ihr Denkstil</b> .....	347
Christoph Lieber	
<b>Gouvernementalität und Neoliberalismus bei Foucault</b> .....	372
Zur »Agenda und Non-Agenda« des bürgerlichen Staates	
<b>Autorinnen und Autoren</b> .....	398

# Vorwort

Die globale Vernetzung der Welt ist kein Novum der letzten zwei Jahrzehnte, sondern wird schon seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts durch eine sich entwickelnde Weltwirtschaft vorangetrieben. Analysen der gegenwärtigen Globalisierung, die sie nur als weitere *ökonomische* Durchdringung und Neustrukturierung fassen, greifen zu kurz. Die neue Qualität des gegenwärtigen Kapitalismus lässt sich nicht fassen, ohne den Blick zu richten auf die Neuorganisation von (Geld-)Macht und Gewalt, von Politik und Staatlichkeit, von Wertschöpfungsketten und Lohnarbeit und auf die Frage der Organisation von Zustimmung, von Einbindung der Vielen in neue herrschaftliche Konzepte.

Der Irak-Krieg und seine Kritik haben die Linke neu ausgerichtet: übermächtig erschienen die USA, synonym mit der Wiederkehr des Imperialismus. Die Linke begann, neu über die Reorganisation der Weltordnung zu sprechen. Die weltweite Bewegung, die sich seit Seattle 1999 sichtbar gegen neoliberalen Kapitalismus wandte, richtete sich als Antikriegsbewegung aus und konnte damit ihre Basis erweitern. Doch die starke Konzentration der Linken auf die USA steht auch in der Kritik: dagegen steht einerseits die Vorstellung des globalen Empires, in dem die einzelnen Nationalstaaten keine dominante Rolle mehr spielen und Kriege den Charakter von »Polizeioperationen« annehmen würden; eine andere Diskussion konzentriert sich auf das zwischen Europa und USA gespaltene Imperium und die Perspektive einer sich verschärfenden Konkurrenz zwischen den USA und der EU und schließlich steht die Frage nach einem transnationalen Block an der Macht, gestützt auf eine weltweite neoliberale Hegemonie.

Aber wie stabil ist diese jenseits der europäischen Metropolen? Die Bush-Administration gerät innen- wie außenpolitisch weiter unter Druck, in Lateinamerika drängen (Mitte-)Links-Regierungen die bisherige neoliberale Wirtschaftspolitik weiter in die Defensive und mit China betritt ein Akteur den Weltmarkt, über dessen Charakter als Ausgeburt des Neoliberalismus, ökonomisch erfolgreicher Staatskapitalismus oder marktsozialistische Zukunft innerhalb der Linken divergierende Auffassungen existieren. Diese neue Debatte ist noch am Anfang.

Also: In welchem *Kapitalismus* leben wir eigentlich? Einschlägige Gewissheiten schwinden weiter. Das *sozialdemokratische* Jahrhundert? Es ist *passée*. Mitte der 1990er Jahre war zwischenzeitlich von einer Renaissance der europäischen Sozialdemokratie die Rede, die sich aber in eine ideologische Subordinierung unter neoliberale Imperative verkehrte und derzeit wieder einen Transformationsprozess durchläuft, von dem immer noch nicht abschließend gesagt werden kann, wo er zum Stehen kommen wird.

Der Aufstieg des *Rechtspopulismus*? In Kärnten und anderswo – aber keineswegs immer und überall und fast unaufhaltsam, wie es vor einem Jahrzehnt noch schien. Aber er bleibt virulent, nicht nur im bürgerlichen Lager, auch bei Teilen der Lohnabhängigen.

Eine große *rifondazione* der Linken? Die Arithmetik der Wahlordnung spricht nicht unbedingt dafür. Eine Chance besteht. Aber schaut man über den deutschen Tellerrand, führten die Spielräume für eine »linke Linke« in den zurückliegenden Jahren, die insbesondere in Italien und Frankreich in verschiedenen »Bündnis-konstellationen« mit den sozialen Bewegungen – wie Sozialforen, Attac u.a. – ausgelotet wurden, noch zu keiner nachhaltigen Revitalisierung. Eine Aufarbeitung dieses »politischen Zyklus« seit Ende der 1990er Jahre, seiner partiellen Erfolge, seiner Schwierigkeiten und seiner Momente des Scheiterns, stehen von Seiten der Linken noch aus.

Und wie ist es um den Triumphzug des *Neoliberalismus* bestellt? Die Schar der Gläubigen dünnt aus und der Rest wird durch hohen Einsatz bombastischen Kapitals und coolen Zwangs bei der Stange gehalten. Die neoliberale Hegemonie à la TINA (»There is no Alternative«) ist brüchig geworden. Dennoch erweist sich der Neoliberalismus als wandlungs- und anpassungsfähig. Auch das bürgerliche Lager differenziert sich gegenwärtig neu und modernisiert sich in Teilen, und die Kombinationen harter und sanfter neoliberaler Politikformen etwa eines Sarkozy sind innovativ.

Die Verheißungen der *Informations- und Wissensgesellschaft* mitsamt ihrer virtuellen Ökonomie? Sie sind schon da und niemand staunt mehr. Zugleich dementieren sich diese Verheißungen immer wieder selbst. Viele Subjekte werden nach wie vor von den emanzipatorischen Potenzialen gesellschaftlicher Produktivkraft ausgeschlossen, als Produzenten und Konsumenten von den Möglichkeiten erhöhter Autonomie, Kooperation, Bildung und Partizipation am »general intellect« (Marx).

Immerhin: es gibt auch Überraschungsfestes. Noch die blödeste Idee wird in *capitalism 2.0* entschlossen in Wert gesetzt, die Weltengrenzen zwischen Reichenland und Armenland wachsen verlässlich und die nachhaltige Naturzerstörung findet einfach statt, schließlich wird akkumuliert. Kurz: die Räume der Möglichkeiten und Notwendigkeiten werden neu vermessen *und* neu befestigt. Und das eben ist die gute Nachricht. Offenbar verlieren die Schattenlinien der großen Schließung, die das Monumentalgemälde des neuen Globalkapitalismus vor zwei oder drei Jahrzehnten zu zeichnen begann, deutlich an Kraft, überall. Ein gutes historisches Stück des ersten Kapitalismus ist vorbei – Ermattung, ja: eine gewisse Erschöpfung breitet sich da aus und der gegenwärtige Transformationsprozess verläuft trotz konjunktureller Aufschwungsphasen keineswegs in ruhigen Bahnen. Die dem kapitalistischen Akkumulationsprozess inhärente »Schrankenlosigkeit in Grenzen« erfordert neue Lösungsformen. Dabei erweist sich »die Entwicklung der Widersprüche einer geschichtlichen Produktionsform (als) der einzige geschichtliche Weg ihrer Auflösung und Neugestaltung« (Marx). Der Streit über eine zweite Version hat begonnen – von der noch unübersichtlichen Wirklichkeit eines *Kapitalismus reloaded* angeheizt.

Auf dem Kongress »Kapitalismus Reloaded« (Berlin 2005) diskutierten dazu über 800 BesucherInnen und ein paar Dutzend ReferentInnen mit internationaler Beteiligung. Der Kongress brachte unterschiedliche Zugänge ins Gespräch. Jenseits der üblichen nach Fächern, Disziplinen und politischen Vorlieben sortierten Zugriffe fragte er nach dem Zusammenhang von Weltmarkt und Staat, von Produktion und Macht und schließlich von Hegemonie und Subjektivität. Der Blick sollte darauf gelenkt werden, dass die Reproduktion des Kapitalismus auf allen Ebenen stattfindet und umkämpft ist. Zu diesen – vielfältigen – Kämpfen wollte der Kongress einen Beitrag leisten. Ein erster Schritt dazu war schon der Kreis der vorbereitenden Gruppen und Organisationen. Ungewöhnlich für die deutsche Linke – und nicht immer einfach – lag der Kreis der Veranstalter quer zu den eingeschliffenen und bornierten Lagern und Frontstellungen und umfasste Zeitschriftenprojekte wie PROKLA, Das Argument, Sozialismus, Sand im Getriebe (Attac), Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Sozialistische Zeitschrift – Soz, ak – analyse & kritik, Fantomas, Arranca; und politische Gruppen wie Attac, Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft des BUKO, Kritik & Praxis Berlin, FeS, Linksruck; wissenschaftspolitische Organisationen wie Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, Bund demokratischer WissenschaftlerInnen

und Wissenschaftler (BdWi), WISSENTTransfer; und schließlich Stiftungen wie Rosa Luxemburg, Helle Panke, Bildungswerk Berlin der Heinrich Böll Stiftung e.V., Hans Böckler Stiftung. Sie alle vertrugen sich, stritten und gingen wieder auseinander – auf ein mögliches Wiedersehen.

Der Kongress hätte definitiv nicht stattgefunden ohne die Arbeit von Sarah Bormann und Henning Füller, die Mitarbeit über zwei Jahre hinweg einer vielköpfigen Vorbereitungsgruppe, die Multitude engagierter Helfer und die ÜbersetzerInnen. Ihnen allen sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt!

Das Gros der folgenden Analysen zur Kritik des neuen Kapitalismus geht auf diese Debatte zurück. Ihnen unterliegt die Einsicht, dass die kapitalistische Gesellschaft »kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus ist« (Marx) – und in diesen Umwandlungsprozess gilt es einzugreifen.

Christina Kaindl/Christoph Lieber/Oliver Nachtwey/  
Rainer Rilling/Tobias ten Brink

Alex Callinicos

# Benötigt der Kapitalismus das Staatensystem?

## Die Debatte über den neuen Imperialismus

Es ist mittlerweile ein Klischee zu sagen, dass der von der Bush-Regierung verkündete »lange Krieg« gegen den Terrorismus die Rückkehr des Imperialismus mit aller Macht eingeläutet hat. Damit einher ging ein Wiederaufleben marxistischer Literatur über den Imperialismus, auch wenn diese intellektuelle Renaissance bereits vor der Regierungsübernahme durch George W. Bush begann. Es waren die besonderen Umstände der 1990er Jahre – speziell das Zusammentreffen der konkurrenzlosen Hegemonie der Vereinigten Staaten mit dem um sich greifenden Globalisierungsdiskurs –, die unter marxistischen Theoretikern eine erneute Fokussierung auf den Imperialismus hervorriefen (siehe z.B. Rupert/Smith 2002 für eine brauchbare Übersicht theoretischer Perspektiven). Natürlich war die Wiederaufnahme der Debatte keine bloße Wiederholung. Denn die meisten Autoren waren sich darin einig, dass die Imperialismustheorie, wie sie während des Ersten Weltkriegs von Lenin und in einer erheblich verfeinerten Version von Bucharin vorgelegt worden war, ein toter Hund sei (Halliday 2002 bildet hier eine Ausnahme; siehe auch Lenin 1917 und Bucharin 1915 für die Originaltexte).

Dennoch bietet der Lenin-Bucharin-Ansatz einen nützlichen Rahmen, um die Positionierungen in der gegenwärtigen marxistischen Debatte über den Imperialismus<sup>1</sup> miteinander zu kontrastieren. Dieser Theorieansatz

---

<sup>1</sup> In einem solchen kurzen, in erster Linie begrifflichen Beitrag dieser Art ist ein gewisses Maß an Stilisierung angemessen. In Wirklichkeit war die Theorie von Lenin und Bucharin keineswegs die einzige marxistische Sichtweise zurzeit der Zweiten und Dritten Internationale: Rosa Luxemburg vertrat eine Erklärung, die sich in weiten Teilen unterschied und deren Prämissen – nämlich die in ihrer *Die Akkumulation des Kapitals* entwickelte Zusammenbruchstheorie – Lenin implizit ablehnte und Bucharin explizit kritisierte (siehe Luxemburg/Bukharin 1972.) Mein Dank gilt Alex Anievas, Sam Ashman, Oliver Nachtwey und Justin Rosenberg für ihre Kommentare zum Entwurf des vorliegenden Beitrags sowie Duncan Bell und anderen Teilnehmern am Cambridge International Political Seminar, auf dem ich die wesentlichen Argumente zum ersten Mal vortrug.

leistete zweierlei: *Erstens* bot er eine Beschreibung der zu Beginn des 20. Jahrhunderts erreichten spezifischen Phase der kapitalistischen Entwicklung – deren Bewertung die Marxisten jener Zeit im Allgemeinen teilten –, in der die Konzentration und Zentralisation des Kapitals jenen von Hilferding so bezeichneten »organisierten Kapitalismus« auf nationaler Ebene hervorgebracht hatten und nun im (von Bucharin stärker als von Lenin hervorgehobenen) Verschmelzen des staatlichen mit dem privaten Kapital gipfelten. *Zweitens* unternahm er den Versuch, die geopolitischen Rivalitäten unter den Großmächten, an deren Ende der Erste Weltkrieg stand, als Folge des wirtschaftlichen und territorialen Wettkampfs unter den »staatskapitalistischen Trusts« zu erklären, die nunmehr jene Staaten dominierten. In Anbetracht dieser beiden Theoriebestandteile kann man gut den Zorn nachvollziehen, mit dem Lenin und Bucharin Karl Kautskys Theorie des Ultraimperialismus (Kautsky 1914) begegneten, wonach der Prozess der »Organisation« an den nationalen Grenzen nicht halt machen, sondern das Kapital transnational in einer Weise integrieren würde, die den Krieg aus kapitalistischer Perspektive irrational erscheinen lassen musste (Callinicos 2002).

Dies ist nicht der richtige Ort für eine eingehende Würdigung der Stärken und Schwächen der Theorie Lenins und Bucharins (vgl. Callinicos 1987: 79-88; Callinicos 1991). Wichtig an dieser Stelle ist, dass der zweite Punkt ihres Ansatzes als Vorlage dienen kann, um die gegenwärtigen Debatten einzuordnen. In dieser sind, grob gesagt, drei Positionen auszumachen. Zum einen gibt es diejenigen, die eine Spielart von Kautskys Argument vertreten. So behaupten Michael Hardt, Toni Negri und William Robinson, dass der Kapitalismus heute sowohl wirtschaftlich als auch politisch in transnationaler Weise organisiert sei. Die sich unmittelbar daraus ergebende Schlussfolgerung ist, dass geopolitische Konflikte unter den führenden kapitalistischen Staaten obsolet sind (Hardt/Negri 2000 u. 2004; Robinson 2004). Eine untergeordnete Prämisse lautet, dass das zwischenstaatliche System, das seit einigen hundert Jahren zunächst in Europa, dann weltweit den strukturellen Kontext für geopolitische Rivalitäten bildete, weder inhärent notwendig noch länger erforderlich für das Funktionieren kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist. Diese Behauptung stieß auf entschiedenen Widerspruch, namentlich seitens Ellen Woods (Wood 2002 u. 2003), wobei die Gegner ihrerseits unterschiedliche Sichtweisen des gegenwärtigen Imperialismus vertreten. Eine zweite Argumentationslinie, am systematischsten von Leo Panitch und Sam Gindin entwickelt, nimmt an, dass der Kapitalismus das Staatensystem zwar braucht, es den USA nach dem Zweiten Weltkrieg aber gelungen sei,

ein »informelles Imperium« zu gründen, das die anderen führenden kapitalistischen Staaten letztlich der amerikanischen Hegemonie unterordnet (Panitch/Gindin 2004a, 2004b u. 2005). Diese Argumentationslinie impliziert eine gleiche Schlussfolgerung wie die von Hardt/Negri und Robinson, nämlich dass die geopolitische Konkurrenz sich überlebt hat. Weder die Krise der 1970er Jahre, welche die japanische und westdeutsche Konkurrenz zu den USA maßgeblich mit verursachte, noch das irakische Missgeschick hätten die Vorrangstellung Amerikas entscheidend geschwächt, so Panitch/Gindin.

Es wäre wohl fair zu sagen, dass die eine oder andere Spielart dieser letzteren Argumentationslinie unter linken Intellektuellen großen Anhang hat. Sie liegt beispielsweise der redaktionellen Ausrichtung der Zeitschrift *New Left Review* zugrunde. Sie deckt sich mit der Behauptung amerikanischer Macht unter Bush-Jr. (eine äußerst ungelegene Entwicklung für Hardt/Negri, vgl. Boron 2005) und sie zeichnet sicherlich ein ganz treffliches Bild von der Machtasymmetrie zwischen den USA und den übrigen Staaten seit dem Ende des Kalten Krieges. Ray Kiely vertritt eine Spielart dieser Theorie, die sich mit seiner Behauptung, »die zunehmende Globalisierung des Kapitals bedeutet nicht die Erosion des Nationalstaats oder das Ende des hierarchischen nationalstaatlichen Systems«, insofern von Hardt/Negri unterscheidet. Allerdings betont er die Vorteile, die die amerikanische Hegemonie für die übrigen führenden kapitalistischen Klassen mit sich bringt, sodass »die brauchbarste klassische marxistische Theorie zum Verständnis der Gegenwart die Kautskys ist ... die Theorie der ultraimperialistischen Kooperation unter den führenden kapitalistischen Staaten«. (Kiely 2006)

Beide Sichtweisen werden von einer dritten Gruppe infrage gestellt, die Kiely die »Theoretiker des neuen Imperialismus« titulierte (2005: 32-34), deren prominentester Vertreter David Harvey ist, unter denen sich aber auch Walden Bello, Peter Gowan, Chris Harman, John Rees, Claude Serfati und der Autor dieser Zeilen befinden (Bello 2005; Callinicos 2003; Gowan 1999; Harman 2003; Harvey 2005; Rees 2006; Serfati 2004). Grob umrissen vertreten sie folgende Thesen:

1. Der globale Kapitalismus hat die Ära der ökonomischen Krisen, in die er in den ausgehenden 1960er und beginnenden 1970er Jahren eingetreten ist, bislang nicht hinter sich gelassen (Brenner 1998 u. 2003).
2. Eine wichtige Dimension dieser Krise ist die Verteilung des entwickelten Kapitalismus auf drei konkurrierende Zentren wirtschaftlicher und politischer Macht, die so genannte Triade, bestehend aus Westeuropa, Nordamerika und Ostasien.

3. In der Konsequenz und trotz der realen Machtasymmetrie zwischen den USA und anderen führenden kapitalistischen Staaten gibt es bedeutende Interessenskonflikte unter ihnen (und mit anderen Staaten wie Russland oder China), die im Kontext eines fortgesetzten »langfristigen Abschwungs« wahrscheinlich in geopolitische Auseinandersetzungen münden werden.<sup>2</sup>

Diese dritte Schule unterscheidet sich von den beiden ersteren durch ihre Behauptung, dass der geopolitische Konflikt in der Zeit nach dem Kalten Krieg fort dauert. Ich selber habe diesen Gedanken im Rahmen einer Debatte mit Panitch/Gindin mit Nachdruck vertreten (Callinicos 2005c u. 2006; Panitch/Gindin 2006). Wer Recht behalten wird in dieser und anderen Fragen, ist letztendlich eine empirische und historische Frage. In diesem Beitrag habe ich mir das Ziel gesetzt, einige theoretische Probleme zu beleuchten, um Kritiken an Harveys und meinen eigenen Ansichten besser begegnen zu können. Vielleicht sollte ich zunächst einige Bemerkungen über meine eigene Herkunft voranstellen. Mein Ausgangspunkt ist der einer relativen Sympathie für den Lenin-Bucharin-Ansatz, bei gleichzeitiger Anerkennung, dass dessen Beschränkungen nach Kritik, Überarbeitung und Verfeinerung rufen. Daher – Frieden sei mit manchen denkfaulen Kritikern – ist meine Position nicht einfach eine Neuformulierung oder Verteidigung der Theorien Lenins und Bucharins.<sup>3</sup> Auch Harveys Analyse in *Der neue Imperialismus* (2005) ist

<sup>2</sup> Diese Klassifizierung der gegenwärtigen Debatte ist keineswegs erschöpfend. Der bedeutendste zeitgenössische Vertreter der Weltsystemtheorie, Giovanni Arrighi, überspannt mühelos alle drei Positionen: Er verwirft zwar die Prämissen Hardt/Negris, teilt aber deren Schlussfolgerung (dass geopolitische Rivalitäten obsolet seien) und behauptet gleichzeitig, dass die USA gegenwärtig hegemonial seien, sich ihre Dominanz aber wahrscheinlich im »Endstadium« befindet. Vgl. Arrighi 2005a u. 2005b.

<sup>3</sup> Kiely ist ein Beispiel für diese Art denkfauler Kritik. Er wirft den »Theoretikern des neuen Imperialismus« vor, Lenin und Bucharin bloß zu wiederholen. Ein Beispiel: »Der Kleinmachtimperialismus des irakischen Regimes im Jahre 1991 wird in diesen Schilderungen kaum erwähnt, da »lokale« Konflikte scheinbar restlos von den globalen imperialen Konflikten (der Großmächte) bestimmt werden. Der Analyse fehlt daher eine überzeugende Darstellung des Vorgangs der Staatenbildung und -entwicklung und der primitiven Akkumulation in der Peripherie.« (Kiely 2005: 33) Als Beleg für diese Herangehensweise beruft sich Kiely auf einen Sammelband, zu dem ich eine überarbeitete Fassung von Callinicos 1991 beitrug, die in ihrer Übersicht über den »Imperialismus nach dem Kalten Krieg« einen ausgedehnten Abschnitt über den »Aufstieg von Subimperialismen in der Dritten Welt« enthält, der Saddam Husseins Irak als prominentes Beispiel behandelt (siehe Callinicos u.a. 1994: 45-54). Diese Analyse mag unzureichend sein, das wäre aber kein Grund, ihre Existenz zu leugnen, was Kiely im Endeffekt tut. Seine historische Kritik des Lenin-Bucharin-Ansatzes (vgl. Kiely 2005: 30-4 u. 2006)

offensichtlich eine Fortentwicklung – in einem breiteren »geo-historischen« Rahmen – seiner bereits in *The Limits to Capital* (1982) formulierten und erweiterten Marxschen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise. Anzumerken wäre hier, dass schon dieses frühe Werk mit einer Schilderung schließt, wie interimperialistische Rivalitäten und Kriege einen Ausweg zur Lösung von Überakkumulationskrisen bieten können. (Mehr über Harvey in: Ashman/Callinicos 2006.)

Diese Bemerkung führt mich zum ersten Gegenstand einer notwendigen Klärung. Die gegenwärtige Debatte sieht meistens in der Frage nach dem Fortbestehen interimperialistischer Rivalitäten eine der Hauptkontroversen. Für meinen Teil ziehe ich es vor, diese Frage auf der abstrakteren Ebene des Fortbestehens *geopolitischer* Konkurrenz zu stellen, aus zwei Gründen. Die aus der Theorie Lenins/Bucharins hergeleitete marxistische Diskussion verleiht dem Ausdruck »interimperialistische Konkurrenz« zwar einen beinahe offiziellen Status, dabei hat dieser jedoch den Nachteil, zwischenstaatliche Konflikte mit der Polarisierung des Staatensystems in große Machtblöcke gleichzusetzen, wie sie zwischen den 1890er Jahren und 1989-91 vorherrschten. Zweifler an der geopolitischen Konkurrenz wie Toni Negri haben dann leichtes Spiel mit ihrem scheinbar unschlagbaren Einwand, ob denn Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union heute vorstellbar sei. Das mag ein guter rhetorischer Zug sein, beantwortet aber nicht die Frage, ob zwischenstaatliche Konflikte nicht auch andere Formen als die eines allgemeinen Krieges zwischen Koalitionen der mächtigsten Staaten annehmen können. Da dies offensichtlich doch der Fall sein kann, bevorzuge ich den weitgefasteren Begriff der geopolitischen Konkurrenz, der alle zwischenstaatlichen Konflikte in Bezug auf Sicherheit, Gebietsansprüche, Ressourcen und Einflussphären einschließt.<sup>4</sup>

---

bezieht sich auf Phänomene, die den »Theoretikern des neuen Imperialismus« geläufig sind (vgl. Callinicos 1987: 79-88 u. 1991: 13-26). Viele seiner konkreten Schilderungen der gegenwärtigen globalen politischen Ökonomie sind in meinen Augen nicht zu beanstanden – schade nur, dass er sich gezwungen sieht, theoretische Differenzen dermaßen karikaturenhaft darzustellen.

<sup>4</sup> Theoretiker des Realismus wie John Mearsheimer tendieren dazu, zwischenstaatliche Konkurrenz auf die Konkurrenz in Sicherheitsfragen zu reduzieren (siehe Mearsheimer 1994/1995 u. 2001). Eine marxistische Herangehensweise, die sich das Ziel setzt, interstaatliche Beziehungen im globalen Akkumulationsprozess zu orten, und daher die Vielfalt der Interessen und der Verflechtungen von Staatsbeamten hervorhebt, hat eine solch einengende Hypothese nicht nötig.

Die so konzipierte geopolitische Konkurrenz kennzeichnet eine der wichtigsten Formen der Wechselbeziehungen zwischen den Einheiten des Staatensystems. Das hat den Vorzug, das Problem im Lichte der Beziehungen zwischen dem Kapitalismus und dem Staatensystem neu zu formulieren. Sowohl weberianische historische Soziologen wie Anthony Giddens, Michael Mann und Theda Skocpol als auch Theoretiker der Disziplin der Internationalen Beziehungen in der einen oder anderen »realistischen« Tradition haben Marxisten vorgeworfen, nicht sehen zu wollen, dass der zwischenstaatliche Systeme kennzeichnende Wettbewerb ein überhistorisches Phänomen ist, welches einer Logik gehorcht, die sich auf die der Klassenausbeutung nicht reduzieren lässt. Neuerdings sind sogar einige marxistische Theoretiker, darunter Hannes Lacher und Benno Teschke, diesen Kritikern ein Stück weit entgegengekommen. Sie argumentieren, dass *erstens* das moderne Staatensystem zwar kein überhistorisches, wie von den Weberianern und Realisten behauptet, sehr wohl aber ein vor der Vorherrschaft des Kapitalismus entstandenes Phänomen sei – aus der Zeit der inmitten der Krise der feudalen Eigentumsverhältnisse aufkommenden absolutistischen Staaten, die ihrerseits noch nicht Ausdruck des Übergangs zum Kapitalismus gewesen seien, so ihre (früheren marxistischen Interpretationen des Absolutismus widersprechende) Argumentationslinie; dass *zweitens* das Staatensystem folglich nur bedingt mit dem Kapitalismus zusammenhängt, der im Prinzip auf es verzichten könnte (Lacher 2002; Teschke 2003).

Lachers und Teschkes Argumentationslinie beruht teilweise auf einer unzulänglichen Sichtweise der Entwicklung des Kapitalismus (Harman 1989 u. 2004). Ihre zweite Schlussfolgerung im vorangehenden Absatz wird zumindest von einer Theoretikerin, die ihre Grundannahmen teilt, nämlich von Ellen Wood, abgelehnt (Wood 2002). Auch wenn das moderne Staatensystem dem Kapitalismus voranging, brauchte der souveräne Territorialstaat kapitalistische Eigentumsverhältnisse und die aus ihnen resultierende Trennung des Politischen vom Ökonomischen zu seiner Vervollkommnung, so Wood (vgl. auch Rosenberg 1994). Je global integrierter die kapitalistische Entwicklung sich vollzieht, desto abhängiger wird sie von einem Staatensystem für die Gewährleistung einer umfassenden Verwaltung derer, die ihrer Herrschaft unterliegen. Woods Argumentationslinie kann um Manns Unterscheidung zwischen despotischer und infrastruktureller Macht von Staaten (Mann 1986 u. 1993) ergänzt werden. Die despotische Macht eines Staates ist umso größer, je weniger ihre Ausübung gegen die Untertanen Einschränkungen unterliegt. Die infrastrukturelle Macht eines Staates hingegen ist ein

Ausfluss seiner Fähigkeit, das Leben all seiner Untertanen tatsächlich zu regulieren. So hatten die Herrscher der antiken Großmächte enorme despotische Macht, die sich allerdings auf ein relativ beschränktes Gebiet um die Hauptstadt konzentrierte; moderne Staaten hingegen besitzen dank ihrer bürokratischen Organisation und der durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse erleichterten extrahierenden Fähigkeiten (z.B. Einzug von Steuern) eine enorme infrastrukturelle Macht, die sie despotisch ausüben können oder auch nicht. Man könnte also Woods Position neu formulieren und behaupten, dass die kapitalistische Herrschaft nicht nur die von der Pluralität der Staaten ausgeübte infrastrukturelle Macht ermöglicht, sondern diese sogar voraussetzt.

Diese Argumentation wirft zwei Schwierigkeiten auf. Erstens leidet sie unter dem, was Vivek Chibber »weichen Funktionalismus« nennt (Chibber 2005: 157). Mit anderen Worten geht sie von den Bedürfnissen des Kapitals aus und schließt hiervon auf die Existenz des Staatensystems. Zweitens bleibt immer noch die Frage, warum diese Funktion von einer Pluralität von Staaten ausgeübt werden sollte, auch wenn wir einräumen, dass der Kapitalismus eine wesentlich ausgedehntere Verwaltung von Bevölkerungen sowohl erleichtert als auch erfordert, als es frühere Produktionsweisen taten (Callinicos 2004b). Hardt/Negri sind sich absolut im klaren darüber, dass die kapitalistische Reproduktion staatlicher Fähigkeiten bedarf, nur lehnen sie die Vorstellung ab, dass diese Fähigkeiten heute von souveränen Territorialstaaten ausgeübt werden. Stattdessen sind es transnationale politische Netzwerke – transnationale Konzerne, internationale Behörden, NGOs usw. –, die ihnen zufolge die neue »imperiale Souveränität« ausmachen. Das veranschaulicht eines der allgemeineren Probleme des harten wie des weichen Funktionalismus, nämlich, dass die Ortung einer unverzichtbaren Funktion zur Erzielung bestimmter Effekte allein keine Erklärung dafür liefert, warum diese Funktion eine spezifische Form annehmen sollte. Um es nochmals zu wiederholen: Selbst wenn man einräumt, dass die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse von der Ausübung jener staatlichen Fähigkeiten abhängen, die Mann als infrastrukturelle Macht kennzeichnet, warum sollte deren Ausübung einer Pluralität von Staaten zufallen?

Auch andere marxistische Herangehensweisen, die die Beziehung zwischen Kapitalismus und dem Staatensystem als notwendig erachten, scheinen ebenfalls angreifbar. Harvey und ich haben unabhängig voneinander ganz ähnliche Konzepte des kapitalistischen Imperialismus als Ausfluss des Zusammenspiels kapitalistischer und territorialer Machtlogiken einerseits bzw.

wirtschaftlicher und geopolitischer Konkurrenz andererseits entwickelt. Einer der Vorzüge dieser Herangehensweise ist es, dass sie jedem Versuch aus dem Weg geht, geopolitische Strategien von Staaten auf Wirtschaftsinteressen zu reduzieren. In Harveys Worten sollte die »Beziehung zwischen diesen beiden Logiken ... als problematisch und oft widersprüchlich (also dialektisch) angesehen werden statt als funktionell oder einseitig«. (Harvey 2005: 36f.) Im gleichen Sinne argumentiere ich, dass

*»die Bush-Doktrin nicht einfach als Reflex der Geschäftsbeziehungen der Regierung interpretiert werden kann. Sie stellt vielmehr ein mehr oder weniger zusammenhängendes Projekt zur Aufrechterhaltung und Stärkung der US-Hegemonie dar, die, unter anderem, eine ökonomische Dimension besitzt ... Allgemeiner ausgedrückt: Während der gesamten Geschichte des modernen Imperialismus ließen sich die Großmächte von komplexen Mischungen ökonomischer und geopolitischer Beweggründe leiten ... Die marxistische Theorie des Imperialismus analysiert die Formen, in denen geopolitische und wirtschaftliche Konkurrenz im modernen Kapitalismus mittlerweile miteinander verflochten sind, versucht aber nicht, diese analytisch verschiedenen Dimensionen aufeinander zu reduzieren.«* (Callinicos 2003: 105-06)

Es mag anstößig erscheinen, wenn ich mich so ausgiebig zitiere. Es hat mit der Karikatur meiner und ähnlicher Ansichten zu tun. So wird meine Position als eine beschrieben, die »die Bush-Regierung im Licht ihrer Funktionalität für das US-Kapital versteht« (Kiely 2006), eine Auslegung, die schlecht mit dem oben zitierten Auszug in Übereinstimmung gebracht werden kann, geschweige denn mit der allgemeinen Analyse der Globalstrategie der Bush-Regierung in *The New Mandarins of American Power* (2003), aus der dieser Auszug stammt.<sup>5</sup> Die wirkliche Herausforderung für Harveys und meine Position ist nicht, dass sie etwa unter ökonomischem Reduktionismus leide, sondern gerade das Gegenteil. So schreibt Gonso Pozo:

*»Zwei separate Logiken werden vorausgesetzt, und so scheint es ohne weiteres möglich, den realistischen Ansatz zu bekräftigen, in dem Sinne, dass in bestimmten Zusammenhängen die territoriale Logik scheinbar Vorrang vor der ökonomischen gewinnt. Könnte dies nicht zu einem Missbrauch von Erklärungen führen, die auf Themen wie nationales Interesse oder Machtgleichgewicht fußen? ... Hat der Marxismus dem Realismus nicht bereits ei-*

<sup>5</sup> Panitch erhob auf dem Internationalen Marx-Kongress in Paris im Oktober 2004 den (genauso unwahrscheinlichen) Vorwurf, dass Harvey einer instrumentalistischen Vorstellung des Staates unterliege.

*nen ausreichenden Schlag versetzt, nur um zu dessen (teilweisen) Vorzügen zurückzufinden?» (Pozo 2006)*

Pozo zitiert mich als Paradebeispiel für diese »Zweideutigkeit in Bezug auf den Realismus«. Ein Artikel von mir über den Irak wird »als marxistische Interpretation, die sich an vielen Stellen als hervorragende realistische liest«, gedeutet (Pozo 2006; vgl. Callinicos 2005b). Diese Kritik kann folgendermaßen zusammengefasst werden: Harveys und mein Konzept des Imperialismus können lediglich formal in einen marxistischen Rahmen gepresst werden. Dadurch, dass wir zwei verschiedene Logiken oder Formen der Konkurrenz – die wirtschaftliche und die geopolitische – voraussetzen, haben wir unter der Hand den Deutungspluralismus Webers und der historischen Soziologen wie Mann und Skocpol wieder aufgegriffen. Die Behauptung, dass die beiden Logiken sich überschneiden und miteinander interagieren, sagt nichts aus über die relative Vorrangstellung der einen vor der anderen. Ohne eine solche Festlegung sei unsere Position quasi identisch mit Manns Vorstellung von den vier Quellen der Macht (ideologische, militärische, wirtschaftliche und politische), oder Skocpols Ansicht von zwei relativ autonomen und kausal gleichwertigen transnationalen Dimensionen der Weltwirtschaft und des zwischenstaatlichen Systems (Mann 1986: Kap. 1; Skocpol 1979). Harvey und ich haben sich folglich dem ökonomischen Reduktionismus und einer instrumentalistischen Vorstellung vom Staat entzogen, zahlen aber dafür einen hohen Preis, da der Deutungspluralismus, dem wir in Wirklichkeit huldigen, es gestattet, auf verdinglichte Konzepte des nationalen Interesses und Ähnliches zurückzugreifen, wie sie für den Realismus in den Internationalen Beziehungen kennzeichnend sind.<sup>6</sup>

## **Geopolitische Konkurrenz und die Logik des Kapitals**

Diesen Vorwurf muss man sehr ernst nehmen, er ist aber widerlegbar. Dafür ist es notwendig, einen Umweg über Marx' Theorie der kapitalistischen Produktionsweise zu nehmen, wie er sie im *Kapital*, unvollständig, entwickelte. Bei Marx sind zweierlei Trennungen kennzeichnend für kapitalistische Produktionsverhältnisse – die der Arbeitskraft von den Produktionsmitteln, was den Verkauf ersterer an das Kapital zu Bedingungen nach sich zieht, die

---

<sup>6</sup> Anievas 2005 und Robert Brenner (auf einer seinem Werk gewidmeten Konferenz in London im November 2004) erheben im Wesentlichen gleichlautende Vorwürfe.

zu ihrer Ausbeutung führen; und die der »vielen Kapitalien«, die in ihrer Gesamtheit die Produktionsmittel beherrschen, aber in Konkurrenz untereinander interagieren, was wiederum die einzelnen Produktionseinheiten unter systematischen Druck setzt, die Profitabilität zu maximieren und Kapital zu akkumulieren. Daraus folgt, dass die charakteristischen Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise – Ausbeutung der Lohnarbeit, Akkumulation und Krisen – eine Konsequenz ökonomischer Mechanismen ist, in der Konkurrenz eine unverzichtbare Rolle spielt (eine gute Behandlung des Themas Konkurrenz im *Kapital* in jüngerer Zeit findet sich in: Arthur 2002). So gesehen kann die Entstehung des kapitalistischen Imperialismus als Transformation der den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zugrundeliegenden Konkurrenz betrachtet werden.

Wie sowohl die Weberianer als auch Marxisten wie Lacher und Teschke hervorheben, geht die geopolitische Konkurrenz dem Kapitalismus historisch voraus. Robert Brenner hat eine wichtige Analyse der »politischen Akkumulation« geliefert, wie er sie nennt (Brenner 1983: 37-41). In vorkapitalistischen Produktionsweisen (besonders dem Feudalismus), als weder die Ausbeutenden noch die Ausgebeuteten besonderen Anreiz hatten, ihre Einkünfte durch die Einführung produktivitätssteigernder technologischer Erneuerungen zu erhöhen, bot sich der herrschenden Klasse die territoriale Ausdehnung – wobei Grundherren die Landgüter anderer Grundherren mitsamt ihren Bauern erbeuteten – als wichtigstes Mittel an, ihre materielle Lage zu verbessern. Das bedingte Investitionen in Truppen und Waffen ebenso wie die effektivere politische Organisation der Anwesen, um diese Investitionen zu organisieren und die zu ihrer Finanzierung erforderlichen Mittel zu mobilisieren. Die Entstehung des zwischenstaatlichen Systems im Europa des späten Mittelalters und der beginnenden Moderne war daher nicht einfach die Folge unmittelbarer Erfordernisse militärischer und politischer Macht, wie Mann es darstellt, sondern war eine Folge der für die feudalen Eigentumsverhältnisse spezifischen »Reproduktionsregeln«, wie Brenner sie nennt, womit jene Strategien gemeint sind, die Wirtschaftsakteure, in Klassen organisiert und im Rahmen eines vorgegebenen Systems der Eigentumsverhältnisse, verfolgen müssen, um Zugang zu den Subsistenzmitteln zu erlangen (Brenner 1986).

Aber – hier gehe ich weiter als Brenner – die Entstehung kapitalistischer Produktionsverhältnisse verleiht jenen Staaten, in denen sie vorherrschen (zunächst den Niederlanden, dann England in der Frühmoderne) einen punktuellen Vorteil im Prozess der zwischenstaatlichen Konkurrenz, in ers-

ter Linie dank der spektakulär gestiegenen Kapazitäten jener Staaten, ihre Aktivitäten zu finanzieren und zu organisieren (siehe beispielsweise Brewer 1989). Dieser Vorteil war bereits vor der Entwicklung des industriellen Kapitalismus zugegen, allerdings hatten mit der »Industrialisierung des Kriegs« im 19. Jahrhundert (McNeill 1982: Kap. 7 u. 8) auf einmal alle Staaten ein unmittelbares Interesse, kapitalistische Produktionsverhältnisse zu fördern, um im eigenen Land die hochtechnologischen Waffen- und Transportsysteme zu entwickeln, von denen der militärische Erfolg nun abhing. Parallel dazu machten im ausgehenden 19. Jahrhundert die von Bucharin hervorgehobenen Trends einer zunehmenden Konzentration wirtschaftlicher Macht innerhalb der nationalen Grenzen einerseits sowie der Internationalisierung des Handels und der Investitionen andererseits die Einzelkapitalien zunehmend abhängig von der Unterstützung ihrer jeweiligen Nationalstaaten zur Durchsetzung ihrer Interessen. Diese Prozesse bewirkten eine wachsende gegenseitige Abhängigkeit von Staat und Kapital, mit dem Ergebnis, dass die zwischenstaatliche Konkurrenz unter die zwischen den Kapitalien subsumiert wurde. Als dieser Vorgang zu einer historischen Realität wurde, Ende des 19. Jahrhunderts, trat der kapitalistische Imperialismus in Erscheinung.

Diese hier nur kurz umrissene historische Argumentationslinie habe ich zum ersten Mal vor etwa 20 Jahren entwickelt (Callinicos 2004a: §4.4; siehe auch Carling 1992: Teil I). Sie scheint mir heute noch richtig zu sein, bedarf allerdings eines präziseren theoretischen Fundaments, insbesondere um genauer zu umreißen, in welchem Sinne behauptet werden kann, dass die geopolitische Konkurrenz unter die Konkurrenz zwischen Kapitalien subsumiert wurde und dadurch zu einer Variation letzterer geworden ist. Dafür ist es erforderlich, den Platz, den der Staat in Marx' eigenem theoretischen Diskurs im *Kapital* einnimmt, und die von ihm angewandte Methode zu betrachten. Nach Marx' ursprünglichem Konzept sollte seine Kritik der politischen Ökonomie »zerfallen in 6 Bücher: 1. Vom Kapital. 2. Grundeigentum. 3. Lohnarbeit. 4. Staat. 5. Internationaler Handel. 6. Weltmarkt.« (Marx 1858, in: MEW, Bd. 29: 312) Bekannterweise hat er das *Kapital*, das erste dieser sechs »Bücher«, niemals vollendet. Kommentatoren sind sich nicht einig, ob er seinen umfassenderen Plan aufgegeben hat oder nicht (vgl. Rosdolsky 1977; Dussel 2001). Nach meinem Dafürhalten sah sich Marx gezwungen, als er das *Kapital* zu schreiben begann, große Teile des erst für Buch 2 und 3 vorgesehenen Materials über Lohnarbeit und Grundeigentum einfließen zu lassen. Allerdings nahm er die drei letzten »Bücher«, was auch immer er mit ihnen vorhatte, nicht wirklich in Angriff, auch nicht das über den Staat. Aber

er entwickelte eine Methode der Theoriekonstruktion, die für die Annäherung an das hier diskutierte Problem relevant ist.

Bekanntlich ist das *Kapital* als mehrstufige theoretische Struktur konzipiert, in der die aufeinanderfolgenden Stufen steigende Komplexitätsgrade darstellen. So analysiert Band I die Schaffung von Wert und Gewinnung von Mehrwert im Produktionsprozess. Band III, der dem kapitalistischen Wirtschaftssystem als Ganzes gewidmet ist, zeichnet die Aufteilung des Mehrwerts nach, zunächst auf verschiedene Einzelkapitalien, dann auf verschiedene Spielarten des Kapitals (produktives, Geld- und Handelskapital) und auf das Grundeigentum, allesamt Vorgänge, die zur Entstehung einer allgemeinen Profitrate führen und zur Differenzierung des Mehrwerts in verschiedene Einkunftsarten – Profit des produktiven Kapitals und Profit des Handelskapitals, Zinsen und Grundrente (Mosley 2002). Das Verhältnis zwischen den verschiedenen Stufen ist nicht deduktiv. Mit anderen Worten sind die im Verlauf des *Kapitals* entwickelten Komplexitäten nicht irgendwie bereits in den zu Beginn des Buchs dargelegten Konzepten von Ware, Gebrauchswert, abstrakter und konkreter Arbeit usw. »enthalten«. Vielmehr werden neue und komplexere Bestimmungen nach und nach eingeführt, um entstehende Probleme in früheren Phasen der Analyse zu überwinden. Diese Bestimmungen werden durch ihren Platz in der allgemeinen Argumentation begründet, jede besitzt aber ihre spezifischen Eigenschaften, die auf die zuvor vorausgesetzten Bestimmungen nicht reduzierbar sind. (Für eine erheblich umfassendere Behandlung des Wesens und der Schwierigkeiten dieser Herangehensweise siehe Callinicos 2001 u. 2005a).

Diese Herangehensweise kann bei dem Versuch, ein marxistisches Verständnis des Staatensystems zu entwickeln, herangezogen werden. (Einer der vielen Gründe, warum niemand den Versuch unternehmen sollte, Marx' fehlendes Buch über »den Staat« zu schreiben, ist, wie Colin Barker in der Staatsdebatte der 1970er Jahre hervorhob, dass kapitalistische Staaten immer im Plural existieren: Barker 1978). Mit anderen Worten muss man den Staat als gesonderte Bestimmung begreifen (oder vielmehr als Zusammenhang von Bestimmungen) innerhalb des weitergefassten Vorhabens, eine zufriedenstellende Theorie der kapitalistischen Produktionsweise zu entwickeln. Wie ich bereits anmerkte, besitzt eine Bestimmung spezifische Eigenschaften, die nicht auf die Eigenschaften vorher eingeführter Bestimmungen reduzierbar sind. Daher ist die Tatsache, die Pozo als Gegenargument gegen Harveys und meine Konzeptualisierung des Imperialismus anführt, nämlich dass die geopolitische Konkurrenz eine eigene, von der ökonomischen Konkurrenz

divergierende Logik besitzt, genau das, was diese Methode uns in diesem Falle erwarten lässt. Offenkundig hat das Staatensystem charakteristische Merkmale. Eine Folgerung dieser Feststellung ist, dass jeder marxistischen Analyse internationaler Beziehungen und Konjunkturen ein »realistisches« Moment innewohnt. Eine derartige Analyse hat die Strategien, das Kalkül und das Zusammenspiel der rivalisierenden politischen Eliten im Staatensystem zu berücksichtigen. Das ist aber noch lange kein Grund, der uns zu einer unkritischen Verdinglichung von Konzepten verleiten sollte, auf die realistische Theoretiker wie Kenneth Waltz und John Mearsheimer zurückgreifen. Kritiker sollten konkrete Beispiele dafür liefern, wo Harvey, ich oder andere mit einem ähnlichen Standpunkt diesen Fehler begangen haben, anstatt vage Warnungen auszugeben. Von entscheidender Bedeutung ist es, dass eine genaue marxistische Analyse sich dadurch auszeichnet, die Strategien, Berechnungen und Interaktionen von Staatsbeamten immer im Kontext der Krisentendenzen und Klassenauseinandersetzungen zu behandeln, die dem Kapitalismus in jedem Stadium seiner Entwicklung innewohnen. Das erklärt u.a. den Erfolg von *Der neue Imperialismus*, weil Harvey, indem er die Handlungen der Bush-Regierung in diesem Sinne einbettet, einen eigenständigen Beitrag zu einem Verständnis der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung leistet.<sup>7</sup>

Es reicht jedoch nicht aus, das Staatensystem als gesonderten Zusammenhang von Bestimmungen im Rahmen einer weitgefassten Theoretisierung der kapitalistischen Produktionsweise als gegeben hinzustellen. Wie Jacques Bidet anmerkt, sah sich Marx im Laufe der Neuformung seiner Konzepte und der Ausarbeitung seiner Argumente für die aufeinanderfolgenden Entwürfe des *Kapital* zunehmend genötigt, konkurrenzbezogene Strukturen heranzuziehen, um die innewohnenden Tendenzen, die er dem Kapitalismus zuschrieb, erklären zu können (Bidet 2000). Um das wichtigste Beispiel, den tendenziellen Fall der durchschnittlichen Profitrate, herauszugreifen, der in Marx' Krisentheorie eine zentrale Rolle spielt: Dieser ist als eine Folge der

---

<sup>7</sup> Aus dieser Position folgt, dass trotz der durchaus gerechtfertigten Kritik am Realismus, die etwa Justin Rosenberg (1994) erhebt, es Streitpunkte geben wird, in denen sich Marxisten und Realisten auf der gleichen Seite der Barrikade wieder finden werden – beispielsweise in der Ablehnung übertriebener Hoffnungen auf zwischenstaatliche Harmonie nach dem Ende des Kalten Krieges und in der Kritik idealistischer Konzepte der internationalen Beziehungen, die Konstruktivistinnen und andere anbieten. Ein Beispiel für eine realistische Herausforderung in diesen beiden Fragen findet sich in: Mearsheimer 1994/1995.

technologischen Erneuerungen zu verstehen, die Kapitalien auf der Suche nach einer überdurchschnittlichen Profitrate tätigen, die dann von anderen Kapitalien nachgeahmt werden, was zu einer allgemeinen Zunahme der Investitionen pro Arbeiter führt und somit zu einer Senkung der relativen Kapitalerträge. Diese Argumentationsweise beliefert Marx' Theorie mit »Mikrofundamenten«, indem sie aufzeigt, wie Makrotendenzen dank der Anreize wirksam werden, die kapitalistische Verhältnisse individuellen Akteuren aufzwingen, so zu handeln, dass sie die diesen Tendenzen zugrundeliegenden Prozesse realisieren. Jede Theorie über den Ort des Staatensystems in der kapitalistischen Produktionsweise muss solche Mikromechanismen nennen können. Sam Ashman und ich argumentieren, dass das Zusammenspiel wirtschaftlicher und geopolitischer Konkurrenz nur verstanden werden kann im Lichte der Reproduktionsgesetzmäßigkeiten von zwei Gruppen von Akteuren, den Kapitalisten und den Staatsbeamten (Ashman/Callinicos 2006). Dieses Argument fußt auf der Idee, die Fred Block in den 1970ern als einer der ersten vertrat, dass die Verfolgung ihrer separaten Interessen beide Gruppierungen in eine gemeinsame Allianz führen wird: Kapitalisten brauchen aus einer Vielzahl von Gründen staatliche Unterstützung, während die relative Macht eines jeden Staates von den Ressourcen abhängt, die der Prozess der Kapitalakkumulation generiert (Block 1987). Diese Idee, die den großen Vorzug hat, zu ihrem Ausgangspunkt die Nicht-Interessensidentität zwischen Kapitalisten und Staatsbeamten zu nehmen, scheint uns auf die internationale Arena gewinnbringend übertragbar zu sein.<sup>8</sup>

Das alles gibt uns allerdings noch immer keine Antwort auf die Frage nach dem pluralen Charakter des Staatensystems. Warum gibt es viele Staaten? Handelt es sich bloß um einen zweitrangigen, aus den vorkapitalistischen Vorgängen der »politischen Akkumulation« geerbten historischen Umstand? Oder ist dem Kapitalismus ein Wesenszug eigen, die Staaten plural zu belassen? In meinen Augen gibt es diese Tendenz: die Tendenz zur ungleichen und kombinierten Entwicklung. Der Kapitalismus tendiert dazu,

---

<sup>8</sup> Ein ähnliches Konzept wurde in den 1970er Jahren von Claus Offe und Volker Ronge vertreten, auch wenn sie keine symmetrische Interdependenz zwischen Staat und Kapital als gegeben hinnehmen: »Die Träger der Akkumulation haben kein Interesse, die Macht des Staates zu ›benutzen‹, aber der Staat hat sehr wohl ein Interesse – zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Machtstellung –, einen ›gesunden‹ Akkumulationsprozess zu gewährleisten und zu schützen, von dem er abhängt.« (Offe/Ronge 1982: 250) Vgl. auch Harman 1991, der, wie Block, für die strukturelle Interdependenz von Staat und Kapital argumentiert.

die Welt in ein einziges Weltsystem zu vereinen, in der allerdings der Zugang zu Investitionen und Märkten geographisch extrem ungleich verteilt ist. Es lohnt sich, die Rolle, die dieser Gedanke in Lenins Kritik an Kautskys Theorem des Ultraimperialismus spielt, genauer zu betrachten. Lenin räumt ein, dass die Formation eines einzigen Weltmonopols infolge der zunehmenden Organisierung des Kapitalismus theoretisch vorstellbar sei, argumentiert aber, es sei höchst irreführend, eine politische Analyse auf eine solche Möglichkeit zu stützen. Internationale Vereinbarungen und Kartelle schreiben das momentane Kräfteverhältnis zwischen den kapitalistischen Mächten fest, aber angesichts der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung, die die globale Machtverteilung ständig ändert, wird es sich notwendigerweise um vorübergehende Arrangements handeln, denen wahrscheinlich neue Perioden der Instabilität folgen werden, die nur nach erfolgtem Kräfteressen in eine neue Korrelation übergeleitet werden können:

*»... unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflussphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die Stärke der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, nicht denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine gleichmäßige Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben. Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland, wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen Englands vergleicht, eine klägliche Null; ebenso Japan im Vergleich zu Russland. Ist die Annahme denkbar, dass das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten nach zehn, zwanzig Jahren unverändert geblieben sein wird? Das ist absolut undenkbar.« (Lenin 1917, in: LW, Bd. 22: 300f.)*

Diesem Argument liegt Lenins Ansicht zugrunde, dass der Kapitalismus wesensbedingt dynamisch ist und vom Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung reguliert wird, wie er es nennt. Beide Ansichten hängen miteinander zusammen. Marx' Analyse der Konkurrenz beruht auf der Idee, dass einzelne Kapitalien gezwungen werden, ihre Marktstellung zu verteidigen oder zu verbessern, indem sie über dem Durchschnitt liegende Profitraten anstreben (Extraprofit). Monopole bilden eine Quelle für Extraprofit, viel wichtiger jedoch ist die technologische Innovation, die vermittels Produktivitätssteigerungen die Produktionskosten des Erneuerers unter den Durchschnitt seines Sektors drückt. Es ist also die Suche nach überdurchschnittlichen Profiten, die dem Kapitalismus seine Dynamik verleiht. Es stimmt, dass dies nur dann geschieht, wenn Innovationen verallgemeinert werden,

wodurch der Wettbewerbsvorteil des Erneuerers, und damit auch sein Extraprofit, schwindet. (Wir könnten dies womöglich als den ökonomischen Kern des »Gesetzes« der kombinierten Entwicklung betrachten.) Damit wird allerdings eine erneute destabilisierende Innovationsrunde, immer auf der Suche nach Extraprofiten, eingeläutet. Ungleichmäßige Entwicklung, oder besser, eine ungleichmäßige Entwicklung, die zugleich die Produktivität erhöht und ökonomisch destabilisierend wirkt, wohnt dem Kapitalismus inne. Es ist diese Dynamik, so Lenin, die die Anstrengungen zur Integration »vieler Kapitalien« in eine einzige Einheit ständig untergräbt. Natürlich beschränkt sich dieses Argument lediglich auf das Ökonomische. Die Annahme, dass es einfach auf die politische Sphäre übertragbar sei, würde meinen Ausführungen weiter oben widersprechen. Allerdings gibt es Gründe für die Annahme, dass es sich tatsächlich *überträgt*: Denn die Tendenz, nicht nur zur ungleichen Entwicklung, sondern auch zu destabilisierenden Verschiebungen ihrer Muster, untergräbt ständig Anstrengungen zur Gründung eines transnationalen Staates.

Dieses Argument erhält weitere Nahrung durch Belege, die marxistische Politökonomien zunehmend thematisieren, dass die globale Akkumulation nicht zu dem von der neoklassischen Theorie vorhergesagten Abbau wirtschaftlicher Ungleichgewichte führt, sondern vielmehr zur räumlichen Konzentration von Investitionen, Märkten und Fachkräften in gewissen privilegierten Regionen der Weltwirtschaft (Ashman 2006). Der Erfolg nährt weiteren Erfolg: Die Regionen, die eine solche Konzentration aufweisen, haben gute Chancen, weiterhin jene Innovationen hervorzubringen, aus denen sich ihre Extraprofite speisen, sodass ihr Vorsprung gefestigt und gar erweitert wird. Ungleichmäßige Entwicklung ist daher eine grundlegende Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise, keine kontingente Eigenschaft. Die Ausweitung des ostasiatischen Teils der Triade auf die Küstenstädte Chinas widerspricht dieser Analyse nicht, es unterstreicht eher das globale Bild ungleichmäßiger Entwicklung als ihm zu widersprechen. Harman und Harvey haben unabhängig voneinander argumentiert, dass derartig dichte »Cluster-artige« Zusammenballungen kapitalistischer Verhältnisse den Staaten ihre territoriale Basis liefern, wobei sie die für das effektive Funktionieren der Staatsapparate notwendigen Ressourcen sowohl einfordern als auch zur Verfügung stellen (Harman 1991: 7-10; Harvey 2005: 103-109). Natürlich müssen eine ganze Reihe von Umständen, von denen viele eine nicht auf den Kapitalismus zurückzuführende Vergangenheit widerspiegeln, andere wiederum Ausflüsse der jüngeren Geschichte sind (etwa der bleibende Einfluss des japanischen Imperialismus in Ostasien), und schließlich, was

theoretisch und politisch noch mehr wiegt, die Entstehung und Spaltung nationaler Identitäten berücksichtigt werden, um die Spezifika der territorialen Aufteilung der Welt in verschiedene Staaten zu erklären. Dennoch sind es eben auch und gerade die zentrifugalen Kräfte infolge der grundsätzlich ungleichen Verteilung von Ressourcen im Kapitalismus, die das Staatensystem aller Voraussicht nach plural belassen werden.<sup>9</sup>

## **Wechselnde Muster zwischenstaatlicher Konkurrenz**

Meine Argumentation bewegt sich auf einem hohen Abstraktionsniveau. Das ließ sich jedoch nicht vermeiden, um festzustellen, ob im Rahmen der marxistischen Theorie der kapitalistischen Produktionsweise das Staatensystem und die geopolitische Konkurrenz notwendige Bestimmungen jener Produktionsweise sind. Zum Schluss möchte ich wenigstens skizzieren, wie dieses Argument dazu beitragen könnte, empirische Forschungsvorhaben zu gestalten. Der kapitalistische Imperialismus kann am besten als Schnittpunkt ökonomischer und geopolitischer Konkurrenz verstanden werden. Weil, so die Hypothese, diese Konkurrenzformen sich strukturell unterscheiden und (zumindest unmittelbar) von den Interessen unterschiedlicher Akteure getragen werden, ist ihr Zusammenspiel historisch variabel. In früheren Arbeiten argumentiert ich, dass sich die erste und zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts signifikant voneinander unterscheiden (z.B. Callinicos 1991). In der ersten Hälfte, der Ära von Arno Mayers »Dreißigjährigem Krieg des zwanzigsten Jahrhunderts« (1914–1945) haben sich die ökonomische und die geopolitische Konkurrenz gegenseitig genährt (Mayer 1981: 329). Großbritannien, das entwickeltste Beispiel für einen Hegemon, den das Staatensystem bis dahin hervorgebracht hatte, fand sich durch zwei Mächte konfrontiert, die sowohl ihre industrielle Macht als auch ihre Seehoheit herausforderten: Deutschland und

---

<sup>9</sup> Justin Rosenberg (2006 u. 2007) hat ein außerordentlich interessantes Argument dafür entwickelt, Troztkis Konzept der ungleichen und kombinierten Entwicklung zur Grundlage einer überhistorischen Theorie des »Inter-Gesellschaftlichen« zu erheben. Dieses Argument deckt sich mit dem hier entwickelten, vorausgesetzt, man anerkennt, wie Rosenberg das tut, die wesentlich gesteigerte Stringenz, mit der Gesellschaften unter dem Kapitalismus der kombinierten Entwicklung unterworfen sind, die ihrerseits eine Konsequenz der Art und Weise ist, in der die Reproduktionsgesetzmäßigkeiten der Akteure mittlerweile von ihrem Zugang zu den Subsistenzmitteln über den Markt abhängen (siehe Brenner 1986).

die USA. Die Lösung, für die Großbritannien sich in beiden Weltkriegen entschied, war, ersteres im Rahmen einer Allianz mit letzterer zu schlagen, wobei allerdings die Ressourcen ausgingen, um den englischen Anspruch auf einen Hegemonialstatus aufrechtzuerhalten. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hingegen war gekennzeichnet von einer teilweisen Verselbständigung der ökonomischen von der geopolitischen Konkurrenz. Die neue Hegemonialmacht USA konfrontierte die Sowjetunion geopolitisch und ideologisch, sodass sich das Staatensystem in zwei rivalisierende Blöcke polarisierte. Gleichzeitig waren die USA in der Lage, alle Regionen des entwickelten Kapitalismus in einen einzigen transnationalen politischen und ökonomischen Raum zu integrieren. Innerhalb dieses Raums vollzog sich die ökonomische Konkurrenz und entfaltete auch ab Ende der 1960er Jahre ihre destabilisierende Wirkung zunehmend, aber der Niedergang der schwächeren der beiden Supermächte stellte sich als die schnellere Entwicklung heraus.

Seit dem Ende des Kalten Krieges versuchen die USA, ihre Hegemonie aufrechtzuerhalten, indem sie den transnationalen Raum, den sie unter der eigenen Führung nach 1945 aufgebaut hatten, wirklich global auszuweiten und zu verhindern suchen, dass Verschiebungen der ökonomischen Macht in geopolitische Herausforderungen münden. Die institutionalisierten Kooperationsformen unter den führenden kapitalistischen Staaten – die internationalen Finanzinstitutionen, die G7, Nato, UN usw. – bieten den politischen Rahmen für diesen Prozess. Deren Rolle und Bedeutung gemeinsam mit der Entwicklung des Wall-Street-Dollar-Regimes seit den frühen 1970er Jahren, wie Peter Gowan es nennt, bilden den Schlüsselmechanismus zur Regulierung der globalen Finanzmärkte. Diese Entwicklungen sind Belege für das »informelle Imperium« Amerikas, von dem Panitch und Gindin sprechen (Gowan 1999). Allerdings ist das Gesamtbeziehungsgeflecht der führenden kapitalistischen Staaten untereinander wesentlich komplexer und widersprüchlicher, als sie andeuten. Ein hoher Grad der politischen Koordination besteht Seite an Seite mit Bereichen mehr oder weniger intensiver Konkurrenz, die im Rahmen des allgemeinen Beziehungsgeflechts voneinander noch ausreichend isoliert bleiben – um den gegenwärtigen Zustand von dem einer umfassenden Anarchie zu unterscheiden. Der Bereich, in der die Konkurrenz am heftigsten tobt, ist wahrscheinlich der des internationalen Handels, obwohl die hier entstehenden Konflikte durch institutionalisierte Verhandlungen unter den wichtigsten Blöcken eingedämmt werden. Geopolitisch hat der Irak-Krieg eine Situation mit relativ offenem Ausgang eingeläutet, in der der amerikanische Unilateralismus, so Robert Pape, Gegenmaßnahmen provoziert:

»Maßnahmen des ›Soft-Balancing‹, das heißt, Handlungen, die die US-Militärvorherrschaft nicht direkt herausfordern und stattdessen nichtmilitärische Mittel einsetzen, um aggressive unilaterale Militärvorhaben der USA aufzuschieben, zu vereiteln und zu untergraben. Dieser sanfte Ausgleich unter Einsatz internationaler Institutionen, staatlicher Eingriffe in Wirtschaftsbeziehungen und diplomatischer Arrangements sind bereits ein herausragendes Merkmal der internationalen Opposition gegen den US-Krieg gegen den Irak.« (Pape 2005: 10)

In seiner vernichtenden Kritik an der Globalstrategie der Bush-Regierung hat auch Francis Fukuyama die Reaktion, die sie in anderen Staaten hervorgerufen hat, beschrieben:

»Das ›Soft-Balancing‹, in dem Länder wie Deutschland und Frankreich versucht haben, amerikanische Initiativen zu blockieren oder die Bitte um Kooperation ausgeschlagen haben. Auch asiatische Länder sind zugange, regionale multilaterale Organisationen aufzubauen, weil in ihren Augen Washington nicht allzu große Rücksicht auf ihre Belange nimmt. Hugo Chávez in Venezuela setzt seine Öleinkünfte ein, um Länder der Anden und der Karibik von der amerikanischen Sphäre loszueisen, während Russland und China zusammenarbeiten, um die USA nach und nach aus Zentralasien herauszudrängen.« (Fukuyama 2006: 189-90)

Damit ist noch bei weitem nicht das Ausmaß des gegenseitigen Hochschaukelns ökonomischer und geopolitischer Konkurrenz wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erreicht. Zugleich kann sich jeder, der erlebt hat, wie die USA ihre Luftbasis in Usbekistan nach den Protesten vom Mai 2005 und die durch Russland und China dem Karimow-Regime gewährte Unterstützung verloren haben, eine Vorstellung davon machen, wie wenig harmonisch das Staatensystem in eine unbestrittene amerikanische Hegemonie integriert wurde. Für die gegenwärtige globale Situation lassen sich schwerlich historische Parallelen finden, zumindest nicht seit Entstehung des kapitalistischen Weltsystems. Sorgfältige Analysen und intensive Forschung vieler Wissenschaftler werden vonnöten sein, um Licht in seinen Entwicklungsgang zu werfen. Der theoretische Apparat des Marxismus, zu dessen Klärung vorliegender Beitrag dienen soll, ist kein Ersatz für diese intellektuelle Anstrengung, er kann aber einige nützliche Instrumente bereitstellen.

Aus dem Englischen von *David Paenson*,  
in Zusammenarbeit mit *Thomas Weiß* und *Tobias ten Brink*

## Literatur

- Anievas, Alexander (2005): »Review of Callinicos (2003) and Harvey (2003)«, *Cambridge Review of International Affairs*, 18, 2, 303-306
- Arrighi, Giovanni (2005a): »Hegemony Unravelling – 1«, *New Left Review*, II/32, 23-80
- Arrighi, Giovanni (2005b): »Hegemony Unravelling – 2«, *New Left Review*, II/33, 83-116
- Arthur, Christopher J. (2002): »Capital, Competition and Many Capitals«, in: Martha Campbell/Geert Reuten (Hrsg.), *The Culmination of Capital*, Basingstoke, 128-148
- Ashman, Sam (2006): »Globalization as Uneven Development«, PhD Thesis, University of Birmingham
- Ashman, Sam/Callinicos, Alex (2006): »Capital Accumulation and the State System. Assessing David Harvey's *The New Imperialism*«, *Historical Materialism*, 14, 4, 107-131
- Barker, Colin (1978): »A Note on the Theory of Capitalist States«, *Capital and Class*, 4, 118-29
- Bello, Walden (2005): *Dilemmas of Domination*, New York
- Bidet, Jacques (2000): *Que faire du »Capital«?*, Paris
- Block, Fred (1987): *Revising State Theory*, Philadelphia
- Boron, Atilio (2005): *Empire and Imperialism*, London
- Brenner, Robert (1983): »The Agrarian Roots of European Capitalism«, *Past & Present*, 97, 16-113
- Brenner, Robert (1986): »The Social Basis of Economic Development«, in: John Roemer (Hrsg.), *Analytical Marxism*, Cambridge, 23-53
- Brenner, Robert (1998): »The Economics of Global Turbulence«, *New Left Review*, I/229, 1-265
- Brenner, Robert (2003): *Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft*, Hamburg
- Brewer, John (1989): *The Sinews of Power*, London
- Bucharin, Nikolai (1915): *Imperialismus und Weltwirtschaft*, Frankfurt/M 1969
- Callinicos, Alex (1987): »Imperialism, Capitalism, and the State Today«, *International Socialism*, 2.35, 71-115
- Callinicos, Alex (1991): »Marxism and Imperialism Today«, *International Socialism*, 2.50, 3-48
- Callinicos, Alex, (2001): »Periodizing Capitalism and Analysing Imperialism«, in: Robert Albritton u.a., *Phases of Capitalist Development*, Basingstoke, 230-245
- Callinicos, Alex (2002): »Marxism and Global Governance«, in: David Held/Anthony McGrew (Hrsg.), *Governing Globalization*, Cambridge, 249-266
- Callinicos, Alex (2003): *The New Mandarins of American Power*, Cambridge
- Callinicos, Alex (2004a): *Making History*, 2. Aufl., Leiden
- Callinicos, Alex (2004b): »Marxism and the International«, *British Journal of Politics and International Relations*, 6, 426-433

- Callinicos, Alex (2005a): »Against the New Dialectic«, *Historical Materialism*, 13, 2, 41-59
- Callinicos, Alex (2005b): »Iraq: Fulcrum of World Politics, *Third World Quarterly*, 26, 593-608
- Callinicos, Alex (2005c): »Imperialism and Global Political Economy«, *International Socialism*, 2.108, 109-127
- Callinicos, Alex (2006): »Making Sense of Imperialism: A Reply to Leo Panitch and Sam Gindin«, *International Socialism*, 2.110, 196-203
- Callinicos, Alex u.a. (1994): *Marxism and the New Imperialism*, London
- Carling, Alan (1992): *Social Division*, London
- Chibber, Vivek (2005): »Capital Outbound«, *New Left Review*, II/36, 151-158
- Dussel, Enrique (2001): »The Four Drafts of *Capital*«, *Rethinking Marxism*, 13, 1, 10-26
- Fukuyama, Francis (2006): *After the Neocons*, London
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble*, London
- Halliday, Fred (2002): »The Persistence of Imperialism«, in: Mark Rupert/Hazek Smith (Hrsg.), *Historical Materialism and Globalization*, London, 75-89
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2000): *Empire*, Cambridge MA
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2004): *Multitude*, New York
- Harman, Chris (1989): »From Feudalism to Capitalism«, *International Socialism*, 2.45, 35-87
- Harman, Chris (1991): »The State and Capitalism Today«, *International Socialism*, 2.51, 3-54
- Harman, Chris (2003): »Analysing Imperialism«, *International Socialism*, 2.99, 3-81
- Harman, Chris (2004): »The Rise of Capitalism«, *International Socialism*, 2.102, 53-86
- Harvey, David (1982): *The Limits to Capital*, Oxford
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*, Hamburg
- Kautsky, Karl (1914): »Der Imperialismus«, *Die Neue Zeit*, 32. Jg., Bd. 2, Nr. 21, Stuttgart, 908-922
- Kiely, Ray (2005): »Capitalist Expansion and the Imperialism-Globalization Debate«, *Journal of International Relations and Development*, 8, 27-57
- Kiely, Ray (2006): »US Hegemony and Globalization: What Role for Theories of Imperialism?«, *Cambridge Review of International Affairs*, 19, 2, 205-221
- Lacher, Hannes (2002): »Making Sense of the International System«, in: Mark Rupert/Hazek Smith (Hrsg.), *Historical Materialism and Globalization*, London, 147-164
- Lenin, Wladimir I. (1917): *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss*, in: W.I. Lenin, Werke (LW), Bd. 22, Berlin 1972
- Luxemburg, Rosa/Bukharin, Nikolai (1972): *Imperialism and the Accumulation of Capital*, London
- McNeill, W.H. (1982): *The Pursuit of Power*, Oxford
- Mann, Michael (1986): *The Sources of Social Power*, Bd. 1, Cambridge

- Mann, Michael (1993): *The Sources of Social Power*, Bd. 2, Cambridge
- Marx, Karl (1858): »Brief an Friedrich Engels vom 2. April 1858«, in: Karl Marx/Friedrich Engels, Werke (MEW), Bd. 29, Berlin 1987, 312
- Mayer, Arno J. (1981): *The Persistence of the Ancien Regime*, New York
- Mearsheimer, John (1994/1995): »The False Promise of International Institutions«, *International Security*, 19, 3, 5-49
- Mearsheimer, John (2001): *The Tragedy of Great Power Politics*, New York
- Mosley, Fred (2002): »Hostile Brothers: Marx's Theory of the Distribution of Surplus-Value in Volume III of *Capital*«, in: Martha Campbell/Geert Reuten (Hrsg.), *The Culmination of Capital*, Basingstoke, 65-101
- Offe, Claus/Ronge, Volker (1982): »Theses on the Theory of the State«, in: Anthony Giddens/David Held (Hrsg.), *Classes, Power, and Conflict*, Berkeley/Los Angeles, 249-256
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2004a): *Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium*, Hamburg
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2004b): »Finance and American Empire«, in: Leo Panitch/Colin Leys (Hrsg.), *The Empire Reloaded: Socialist Register 2005*, London, 46-81
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2005): »Superintending Global Capital«, *New Left Review*, II/35, 101-23
- Panitch, Leo/Gindin, Sam (2006): »Imperialism and Global Political Economy – A Reply to Alex Callinicos«, *International Socialism*, 2.109, 194-99
- Pape, Robert A. (2005): »Soft Balancing against the United States«, *International Security*, 20, 1, 7-45
- Pozo, Gonso, (2006): »A Tougher Gordian Knot: Globalization, Imperialism, and the Problem of the State«, *Cambridge Review of International Affairs*, 19, 2, 223-242
- Rees, John (2006): *Imperialism and Resistance*, London
- Robinson, William (2004): *A Theory of Global Capitalism*, Baltimore
- Rosdolsky, Roman (1977): *The Making of Marx's Capital*, London
- Rosenberg, Justin (1994): *The Empire of Civil Society*, London
- Rosenberg, Justin (2006): »Why is There No International Historical Sociology?«, *European Journal of International Relations*, 12, 3, 307-340
- Rosenberg, Justin (2007): »International Relations: The »Higher Bullshit««, *International Politics*, 44, (i.E.)
- Rupert, Mark/Smith, Hazel (Hrsg.) (2002): *Historical Materialism and Globalization*, London
- Serfati, Claude (2004): *Impérialisme et militarisme*, Lausanne
- Skocpol, Theda (1979): *States and Social Revolutions*, Cambridge
- Teschke, Benno (2003): *The Myth of 1648*, London
- Wood, Ellen M. (2002): »Global Capital, National States«, in: Mark Rupert/Hazel Smith (Hrsg.), *Historical Materialism and Globalization*, London, 17-39
- Wood, Ellen M. (2003): *Empire of Capital*, (London)

Giovanni Arrighi

## Adam Smith in Beijing<sup>1</sup>

»Zu Beginn des 20. Jahrhunderts«, schrieb Geoffrey Barraclough Mitte der 1960er Jahre, »stand die europäische Macht in Asien und Afrika in ihrer vollen Blüte; keine Nation, so schien es, konnte der Überlegenheit europäischer Waffen und Wirtschaftskraft standhalten. Sechzig Jahre später sind nur noch Überreste der europäischen Dominanz übrig. ... Nie zuvor in der gesamten Menschheitsgeschichte kam es in solcher Geschwindigkeit zu einem derartigen revolutionären Umschwung.« Die Positionsveränderung der Völker Asiens und Afrikas »war das sicherste Zeichen für den Beginn einer neuen Ära«. Für Barraclough gab es wenig Grund zum Zweifel: Wenn die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts – die für die meisten Historiker noch von europäischen Kriegen und Problemen dominiert war – aus größerem Blickwinkel geschrieben würde, würde sich »kein Einzelthema als wichtiger erweisen (...) als die Auflehnung gegen den Westen«. (Barraclough 1967: 153f.) In meinem Buch »Adam Smith in Beijing« (2007) stelle ich die folgende Behauptung auf: Wenn die Geschichte der *zweiten* Hälfte des 20. Jahrhunderts aus solch einem größeren Blickwinkel geschrieben wird, dann wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach kein Einzelthema als bedeutsamer erweisen als die ökonomische Renaissance Ostasiens. Die Auflehnung gegen den Westen schuf für die Völker der nichtwestlichen Welt die politischen Bedingungen für die Erlangung sozialer und ökonomischer Macht. Die ökonomische Renaissance Ostasiens ist das erste und deutlichste Anzeichen dafür, dass solch eine Machterlangung begonnen hat.

Wir sprechen von einer Renaissance, denn – in den Worten Gilbert Rozmans – »Ostasien ist eine große Region der Vergangenheit, die mindestens zweitausend Jahre lang an der Spitze der Weltentwicklung stand, bis zum 16., 17. oder sogar 18. Jahrhundert, nach dem sie einen relativ kurzen, aber sehr tief empfundenen Niedergang erlitt.« (Rozman 1991: 6) Die Renaissance erfolgte durch einen Schneeballeffekt miteinander verbundener »Wirtschaftswunder« in einer Reihe von ostasiatischen Staaten, der in den 1950er

---

<sup>1</sup> Leicht gekürzte Fassung der Einleitung zum gleichnamigen Buch (Hamburg 2007).

und 1960er Jahren in Japan begann, in den 1970ern und 1980ern in Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, Malaysia und Thailand weiter anwuchs und in den 1990ern und frühen 2000ern im Hervortreten Chinas als weltweit dynamischster Brennpunkt des Wachstums von Wirtschaft und Handel gipfelte. Terutomo Ozawa zufolge – der als erster den Begriff eines Schneeballeffekts zur Beschreibung des ostasiatischen Aufstiegs einführte – wird »das chinesische Wunder, auch wenn es noch in der Anfangsphase steckt, ohne Zweifel ... das *dramatischste* sein, was seine Auswirkungen auf den Rest der Welt angeht ..., insbesondere auf Nachbarländer.« (Ozawa 2003: 700; Hervorhebung im Original)<sup>2</sup> Martin Wolf stößt in dasselbe Horn, wenn er erklärt:

»Sollte [Asiens Aufstieg] so weitergehen wie während der letzten paar Jahrzehnte, wird er die zweihundert Jahre währende Dominanz Europas und, anschließend, seines riesigen nordamerikanischen Ablegers beenden. Japan war lediglich der Vorbote einer asiatischen Zukunft. Das Land hat sich als zu klein und zu sehr nach innen gerichtet erwiesen, um die Welt zu verändern. Was nun folgt – allem voran China – wird sich als keins von beidem erweisen. ... Europa war die Vergangenheit, die USA sind die Gegenwart und ein von China dominiertes Asien ist die Zukunft der Weltwirtschaft. Wie es scheint, kommt diese Zukunft bestimmt. Die großen Fragen sind, wie bald und wie reibungslos das passiert.«<sup>3</sup>

Die von Wolf ins Auge gefasste asiatische Zukunft ist vielleicht nicht so zwangsläufig, wie er unterstellt. Doch selbst wenn er nur teilweise Recht hat, deutet die Renaissance Ostasiens darauf hin, dass Adam Smiths Voraussage einer letztendlichen Angleichung der Macht zwischen dem siegreichen Westen und dem besiegten Nichtwesten schließlich wahr werden könnte. Wie Karl Marx nach ihm sah Smith einen wichtigen Wendepunkt der Weltgeschichte in den europäischen »Entdeckungen« von Amerika und der Passage nach Ostindien um das Kap der Guten Hoffnung. Nichtsdestotrotz war er viel weniger zuversichtlich als Marx in Bezug auf den letztendlichen Nutzen dieser Ereignisse für die Menschheit.

»Ihre Folgen sind zwar bereits recht beachtlich gewesen, doch ist es noch nicht möglich, in dem kurzen Zeitraum von zwei bis drei Jahrhunderten, die seither vergangen sind, die Auswirkungen in ihrer ganzen Tragweite erkennen zu können. Und keine menschliche Klugheit und Umsicht kann voraussehen, welche Wohltaten und welches Unglück der Menschheit aus diesen

<sup>2</sup> Die Schneeball-Metapher wird zum ersten Mal verwendet in Ozawa 1993: 30f.

<sup>3</sup> »Asia is Awakening«, The Financial Times, 22. September, 2003.

einmaligen Entdeckungen erwachsen werden. Ganz allgemein dürften sie wohl in der Tendenz nützlich und förderlich sein, da sie die entlegensten Gebiete der Welt in gewissem Umfange zusammengeführt und es ihnen möglich gemacht haben, sich gegenseitig zu helfen, den Bedarf an Nötigem und Annehmlichem im Austausch zu decken und Gewerbe und Handel untereinander zu fördern. Für die Eingeborenen in Ost- und Westindien aber sind alle Handelsvorteile, die aus beiden Ereignissen hätten erwachsen können, zusammengeschrumpft, und sie haben in dem schrecklichen Unglück geendet, das sie erlitten haben ... Zu der Zeit, als man beide Entdeckungen gemacht hat, war das *Übergewicht an Macht* auf Seiten der Europäer so groß, dass sie sich jede Art Ungerechtigkeit in diesen fernen Gebieten erlauben konnten. Vielleicht können künftighin die Eingeborenen jener Länder stärker und machtvoller, die Macht der Europäer aber schwächer werden, sodass die Bewohner aller Regionen der Welt den gleichen Mut und die gleiche Stärke erlangen, wodurch es zu einem Gleichgewicht in der Abschreckung kommt, das allein die Ungerechtigkeit unabhängiger Nationen in eine Art Respekt vor den gegenseitigen Rechten umzuwandeln vermag.« (Smith 1993: 526f.; Hervorhebung von mir)

Da die Ureinwohner Europas bei weitem nicht schwächer und diejenigen nichteuropäischer Länder bei weitem nicht stärker wurden, stieg das »Übergewicht an Macht« auf Seiten der Europäer und ihrer Ableger in Nordamerika und anderswo nach der Veröffentlichung von *Der Wohlstand der Nationen* noch fast zweihundert Jahre weiter an, ebenso wie ihre Möglichkeit, sich in der nichteuropäischen Welt ungestraft »jede Art von Ungerechtigkeit« zu erlauben. Ja, als Smith dies schrieb, hatte Ostasiens »Niedergang« kaum begonnen. Im Gegenteil, der bemerkenswerte Frieden und Wohlstand und das Bevölkerungswachstum in China während des größten Teils des 18. Jahrhunderts waren eine Quelle der Inspiration für führende Köpfe der europäischen Aufklärung. Leibniz, Voltaire, Quesnay und andere »wandten sich an China um moralische Belehrung, Anleitung in institutioneller Entwicklung und Belege für ihr Eintreten für so unterschiedliche Sachen wie aufgeklärten Absolutismus, Meritokratie und eine auf Landwirtschaft basierende Volkswirtschaft«. (Adas 1989: 79; siehe auch Hung 2003) Der auffallendste Unterschied zu europäischen Staaten war die Größe und Bevölkerung des chinesischen Reichs. Quesnays Charakterisierung zufolge war das chinesische Reich das, »was ganz Europa wäre, wäre das letztere unter einem einzigen Souverän vereinigt« – eine Charakterisierung, die auch in Smiths Bemerkung anklingt, der chinesische »Binnenmarkt« sei »in seiner Ausdehnung nicht

viel kleiner als der Absatzmarkt aller europäischen Länder zusammen«. (Quesnay 1969: 115; Smith 1993: 576)

Während der nächsten 50 Jahre unterlief ein großer Vorwärtssprung in der militärischen Macht Europas dieses positive Bild von China. Europäische Kaufleute und Abenteurer hatten schon lange die militärische Verwundbarkeit eines Reichs betont, das von einer Klasse des Amtsadels regiert wurde, und sich gleichzeitig bitter beschwert über die bürokratischen und kulturellen Hindernisse, auf die sie beim Handel mit China stießen. Diese Anklagen und Beschwerden förderten eine grundsätzlich negative Sicht auf China als bürokratisch repressives und militärisch schwaches Reich. 1836, drei Jahre bevor Großbritannien den ersten Opiumkrieg gegen China begann (1839-1842), erklärte der Autor eines in Kanton anonym veröffentlichten Aufsatzes, »es gibt derzeit vermutlich kein passenderes Kriterium für die Zivilisation und den Fortschritt einer Gesellschaft als ihre Kenntnisse in der ›mörderischen Kunst‹, die Perfektion und Vielfalt ihrer Hilfsmittel zur gegenseitigen Zerstörung und die Kunstfertigkeit, mit der sie diese verwendet«. Dann fuhr er fort, indem er die chinesische Reichsmarine als »ungeheuerliche Burleske« abtat, und behauptete, antiquierte Kanonen und disziplinelose Armeen machten China »an Land machtlos«, und diese Schwächen seien Symptome einer grundlegenden Schwäche der chinesischen Gesellschaft als Ganzer. Michael Adas, der diese Bewertungen wiedergibt, fügt hinzu, dass die zunehmende Bedeutung militärischer Fähigkeiten »für die Beurteilung der Gesamtleistung nichtwestlicher Völker durch die Europäer den Chinesen, die weit hinter die aggressiven ›Barbaren‹ vor ihren südlichen Toren zurückgefallen waren, nichts Gutes verhielt.« (Adas 1989: 89-93, 124f., 185f.; siehe auch Parker 1989: 98f.)

In dem Jahrhundert nach Chinas Niederlage im ersten Opiumkrieg wurde der Niedergang Ostasiens zu dem, was Ken Pomeranz die große Divergenz genannt hat. (Pomeranz 2000) Das politische und wirtschaftliche Geschick zweier Weltregionen, die bis dahin durch einen ähnlichen Lebensstandard gekennzeichnet waren, wichen stark voneinander ab, denn Europa stieg rasant auf den Zenit seiner Macht, und Ostasien sank ebenso rasant auf seinen Tiefpunkt. Am Ende des Zweiten Weltkriegs war China zum ärmsten Land der Welt geworden; Japan war ein militärisch besetzter, »halb-souveräner Staat«, und die meisten anderen Länder der Region kämpften entweder noch gegen die Kolonialherrschaft oder standen kurz davor, durch die Teilung im aufkommenden Kalten Krieg auseinandergerissen zu werden. In Ostasien gab es ebenso wenig Anzeichen wie anderswo für eine nahe bevorstehende

Bestätigung von Smiths Behauptung, durch die Ausweitung und Vertiefung des Austausches in der Weltwirtschaft würde es zu einem Machtausgleich zwischen Völkern europäischer und nichteuropäischer Abstammung kommen. Sicherlich hatte der Zweite Weltkrieg der Auflehnung gegen den Westen gewaltigen Auftrieb verliehen. In Asien und Afrika wurde vielerorts die alte Staatssouveränität wieder hergestellt und massenweise neue wurden geschaffen. Doch mit der Entkolonialisierung ging die Errichtung des umfangreichsten und potenziell zerstörerischsten Apparats westlicher Streitmacht einher, den die Welt je gesehen hatte.<sup>4</sup>

In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren, als es dem mächtigen US-amerikanischen Militärapparat nicht gelang, das vietnamesische Volk in eine permanente Spaltung entlang der Trennlinie des Kalten Krieges zu zwingen, schien die Situation sich zu verändern. Zum 200. Jahrestag der Veröffentlichung von *Wohlstand der Nationen* und kurz nachdem die USA beschlossen hatten, sich aus Vietnam zurückzuziehen, fragte sich Paolo Sylos-Labini, ob die Zeit endlich gekommen sei, da – wie Smith es sich vorgestellt hatte – »die Bewohner aller Regionen der Welt den gleichen Mut und die gleiche Stärke erlangen, wodurch es zu einem Gleichgewicht in der Abschreckung kommt, das allein die Ungerechtigkeit unabhängiger Nationen in eine Art Respekt vor den gegenseitigen Rechten umzuwandeln vermag«. (Sylos-Labini 1976: 230-232) Die wirtschaftlichen Umstände schienen auch die Länder zu begünstigen, die inzwischen die Dritte Welt bildeten.<sup>5</sup> Ihre natürlichen Ressourcen waren sehr gefragt, ebenso wie ihr üppiges und billiges Angebot an Arbeitskräften. Die Kapitalflüsse aus Ländern der Ersten in Länder der

---

<sup>4</sup> Das weit auseinandergezogene/ausgreifende Netzwerk quasi dauerhafter Militärstützpunkte in Übersee, das die USA während und nach dem Zweiten Weltkrieg aufbauten, war, in Stephen Krasners Worten, »ohne historischen Präzedenzfall; kein Staat hatte zuvor seine eigenen Truppen in so großem Umfang während eines so langen friedlichen Zeitabschnitts auf souveränem Territorium anderer Staaten stationiert.« (Krasner 1988: 21)

<sup>5</sup> Die Entstehung einer »Dritten Welt« in den 1950ern war ein gemeinsames Produkt der Auflehnung gegen den Westen und der Weltordnung des Kalten Kriegs. Während der historische Nichtwesten fast vollständig der Dritten Welt zugeordnet wurde, spaltete sich der historische Westen in drei verschiedene Bestandteile. Der wohlhabendste (Nordamerika, Westeuropa und Australien) machte zusammen mit Japan fortan die Erste Welt aus. Ein weniger wohlhabender Bestandteil (die UdSSR und Osteuropa) bildete fortan die Zweite Welt und ein weiterer (Lateinamerika) konstituierte zusammen mit dem Nichtwesten die Dritte Welt. Mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Verschwinden der Zweiten Welt wurden die Ausdrücke Erste und Dritte Welt zu Anachronismen und durch die Ausdrücke globaler Norden bzw. Süden ersetzt.

Dritten (und Zweiten) Welt verstärkten sich beträchtlich, die rasche Industrialisierung von Drittweltländern unterminierte die frühere Konzentration der Produktion in Erst- (und Zweit-)Weltländern, und Drittweltländer hatten sich über ideologische Gräben hinweg vereinigt, um eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu fordern.

Als ich mich 18 Jahre später erneut mit Sylos-Labinis Überlegungen beschäftigte, wurde mir klar, dass jede Hoffnung (oder Befürchtung) einer unmittelbar bevorstehenden Angleichung der Chancen der Völker der Welt, von dem andauernden Prozess der weltweiten wirtschaftlichen Integration zu profitieren, voreilig gewesen war. In den 1980ern hatte eine von den USA vorangetriebene Eskalation des Wettbewerbs auf den weltweiten Finanzmärkten plötzlich die Versorgung der Dritt- und Zweitweltländer mit Geldern zum Versiegen gebracht und die Nachfrage nach ihren Produkten stark schrumpfen lassen. Die Handelsbedingungen waren so schnell und entschieden zugunsten der Ersten Welt umgeschlagen, wie sie sich in den 1970ern zu ihren Ungunsten gekehrt hatten. Desorientiert und desorganisiert durch die zunehmende Turbulenz der Weltwirtschaft und in harter Bedrängnis infolge einer neuen Eskalation des Rüstungswettlaufs war das Sowjetreich zerfallen. Statt zwei einander feindlich gegenüberstehende Supermächte zur Verfügung zu haben, mussten Drittweltländer nun mit ehemaligen Zweitweltländern um den Zugang zu Märkten und Ressourcen der Ersten Welt konkurrieren. Gleichzeitig ergriffen die USA und ihre europäischen Verbündeten die Gelegenheit, die sich durch den Zusammenbruch der UdSSR bot, mit einigem Erfolg Anspruch auf ein weltweites »Monopol« der legitimen Anwendung von Gewalt zu erheben, in dem Glauben, dass ihre Übermacht nicht nur größer war als je zuvor, sondern in jeder Hinsicht unanfechtbar. (Arrighi 1994: 21f.)

Nichtsdestotrotz wurde mir ebenfalls klar, dass die Gegenreaktion nicht die Machtverhältnisse von vor 1970 wieder hergestellt hatte. Denn das Schwinden der Sowjetmacht war von der Entstehung dessen begleitet gewesen, was Bruce Cumings den »kapitalistischen Archipel« von Ostasien getauft hat. (Cumings 1993: 25f.) Japan war bei weitem die größte der »Inseln« dieses Archipels. Von den übrigen waren die Stadtstaaten Singapur und Hongkong, der Garnisonsstaat Taiwan und die Teilnation Südkorea am wichtigsten. Keiner dieser Staaten war nach herkömmlichen Maßstäben mächtig. Hongkong war nicht einmal ein souveräner Staat, und die drei größeren Staaten – Japan, Südkorea und Taiwan – waren vollkommen abhängig von den USA, nicht nur im Hinblick auf militärischen Schutz, sondern auch

auf Energie- und Nahrungsmittelvorräte sowie die profitable Veräußerung ihrer Erzeugnisse. Und dennoch zwang die kollektive Wirtschaftskraft des Archipels als neue »Werkstatt« und »Geldkassette« der Welt die traditionellen Zentren der kapitalistischen Macht – Westeuropa und Nordamerika – zur Umstrukturierung und Neuorganisation ihrer eigenen Industrien, ihrer Wirtschaft und ihrer Lebensweise. (Arrighi 1994: 22)

Eine solche Trennung von militärischer und wirtschaftlicher Macht ist, so behauptete ich, in den Annalen der kapitalistischen Geschichte ohne Präzedenzfall und könnte sich in drei recht verschiedene Richtungen entwickeln. Die USA und ihre europäischen Verbündeten hätten versuchen können, ihre militärische Überlegenheit dazu einzusetzen, den entstehenden kapitalistischen Zentren Ostasiens »Schutzzahlungen« abzupressen. Wäre der Versuch gelungen, wäre möglicherweise das erste echte Weltreich der globalen Geschichte entstanden. Ohne einen solchen Versuch bzw. wenn er erfolglos geblieben wäre, dann wäre Ostasien im Lauf der Zeit möglicherweise das Zentrum einer Weltmarktgesellschaft geworden, wie Adam Smith sie sich vorstellte. Aber es war auch möglich, dass die Trennung zu endlosem weltweiten Chaos führen würde. Wie ich es damals in einer Paraphrasierung Joseph Schumpeters ausdrückte: Ehe die Menschheit im Verlies (oder Paradies) eines West-zentrierten Weltreichs oder einer Ostasien-zentrierten Weltmarktgesellschaft erstickt (oder sich aalt), »könnte sie leicht im Schrecken (oder dem Ruhm) der eskalierenden Gewalt verbrennen, die mit der Liquidierung der Weltordnung des Kalten Kriegs einhergegangen ist«. (Arrighi 1994: 354-356, in Paraphrasierung von Schumpeter 1954: 163)

Die Trends und Ereignisse der 13 Jahre, seit dies geschrieben wurde, haben die Wahrscheinlichkeit für das tatsächliche Eintreten jedes dieser Ergebnisse radikal verändert. Die weltweite Gewalt ist weiter eskaliert und die Übernahme des Projekts für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert durch die Bush-Regierung in Reaktion auf die Ereignisse des 11. September 2001 war im Wesentlichen ein Versuch, dieses erste echte Weltreich der globalen Geschichte entstehen zu lassen (dazu näher Arrighi 2007: Teil 3). Das abgrundtiefe Scheitern des Projekts auf irakischem Testgelände hat die Möglichkeit der tatsächlichen Entstehung eines West-zentrierten Weltreichs zwar nicht ausgeschlossen, aber doch stark verringert. Die Wahrscheinlichkeit eines endlosen weltweiten Chaos hat sich vermutlich vergrößert. Gleichzeitig sind auch die Chancen für die Herausbildung einer Ostasien-zentrierten Weltmarktgesellschaft gestiegen. Die glänzenderen Aussichten für dieses Ergebnis sind zum Teil den verheerenden Auswirkungen des irakischen

Abenteuers auf die US-amerikanische Weltmacht geschuldet. Größtenteils jedoch bestehen sie aufgrund von Chinas spektakulärem wirtschaftlichem Fortschritt seit den frühen 1990ern.

Chinas Aufstieg hat Auswirkungen von großer Tragweite. China ist kein Vasall der USA wie Japan oder Taiwan und auch kein bloßer Stadtstaat wie Hongkong und Singapur. Auch wenn die Reichweite seiner militärischen Macht im Vergleich zu den USA verblasst und das Wachstum seiner verarbeitenden Industrien immer noch von Exporten auf den US-amerikanischen Markt abhängt, ist die Abhängigkeit des Wohlstands und der Macht der USA vom Import billiger chinesischer Waren und von der Abnahme von US-Staatsanleihen durch China doch ebenso groß, wenn nicht größer. Und was noch wichtiger ist, China tritt immer stärker an die Stelle der USA als Hauptantriebskraft der Expansion von Wirtschaft und Handel in Ostasien und darüber hinaus.

Die übergreifende These in »Adam Smith in Beijing« ist, dass das Scheitern des Projekts für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert und der Erfolg der chinesischen Wirtschaftsentwicklung zusammengenommen die Verwirklichung von Smiths Vision einer Weltmarktgesellschaft auf der Grundlage größerer Gleichheit unter den Zivilisationen der Welt wahrscheinlicher gemacht haben als je zuvor seit der Veröffentlichung von *Der Wohlstand der Nationen* vor fast 250 Jahren. Die Versuche der USA, die Erlangung von Macht durch den globalen Süden zurückzudrängen, schlugen auf sie selbst zurück. Sie haben das beschleunigt, was ich die »letzte Krise« der US-Hegemonie nenne, und günstigere Bedingungen für die Bildung eines Commonwealth, einer Gemeinschaft der Zivilisationen, in der Art, wie Smith sie sich vorgestellt hat, geschaffen als je zuvor. Die Entstehung einer solchen Gemeinschaft ist bei weitem nicht sicher. Die westliche Dominanz kann auf viel subtilere Arten reproduziert werden als in der Vergangenheit, und insbesondere bleibt auch eine lange Zeitspanne der eskalierenden Gewalt und des endlosen weltweiten Chaos möglich. Welche Weltordnung, oder Unordnung, letztlich zustande kommen wird, hängt stark von der Fähigkeit der einwohnerstärkeren südlichen Staaten ab, zunächst und vor allem von China und Indien, sich und der Welt einen sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Entwicklungspfad zu eröffnen als denjenigen, der die Reichtümer des Westens hervorgebracht hat.

Aus dem Amerikanischen von *Britta Dutke*

## Literatur

- Adas, Michael (1989): *Machines as Measure of Men. Science, Technology and Ideologies of Western Dominance*, Ithaca
- Arrighi, Giovanni (1994): *The Long Twentieth Century: Money, Power and the Origins of Our Times*, London
- Arrighi, Giovanni (2007): Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts, Hamburg
- Barracrough, Geoffrey (1967): *An Introduction to Contemporary History*, Harmondsworth
- Cumings, Bruce (1993): »The Political Economy of the Pacific Rim«, in: R.A. Palat (Hrsg.), *Pacific-Asia and the Future of the World-System*, Westport/CT, 21-37
- Hung, Ho-fung (2003): »Orientalist Knowledge and Social Theories: China and European Conceptions of East-West Differences from 1600 to 1900«, in: *Sociological Theory*, 21(3), 254-280
- Krasner, Stephen (1988): »A Trade Strategy for the United States«, in: *Ethics and International Affairs*, 2, 17-35
- Ozawa, Terutomo (1993): »Foreign Direct Investment and Structural Transformation: Japan as a Recycler of Market and Industry«, in: *Business and the Contemporary World*, 5(2), 129-150
- Ozawa, Terutomo (2003): »Pax Americana-Led Macro-Clustering and Flying-Geese-Style Catch-Up in East Asia: Mechanisms of Regionalized Endogenous Growth«, in: *Journal of Asian Economics*, 13, 699-713
- Parker, Geoffrey (1989): »Taking Up the Gun«, in: *MHQ: The Quarterly Journal of Military History*, 1(4), 88-101
- Pomeranz, Kenneth (2000): *The Great Divergence: Europe, China, and the Making of the Modern World Economy*, Princeton
- Quesnay, Francois (1969): »From *Despotism in China*«, in: F. Schurmann/O. Schell (Hrsg.), *Imperial China*, New York, 115-120
- Rozman, Gilbert (1991): *The East Asian Region: Confucian Heritage and its Modern Adaptation*, Princeton
- Schumpeter, Joseph (1954): *Capitalism, Socialism, and Democracy*, London
- Smith, Adam (1993/1961): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, 2 Bde., London
- Sylos-Labini, Paolo (1976): »Competition: The Product Markets«, in: T. Wilson/A.S. Skinner (Hrsg.), *The Market and the State: Essays in Honor of Adam Smith*, Oxford, 200-232

Rosemary Hennessy

## **Deregulierung des Lebens**

Körper, Jeans und Gerechtigkeit

Die seit Anfang der 1970er Jahre heraufziehende neoliberale Neuorganisation des Kapitalismus deregulierte die Profitakkumulation für eine kleine Gruppe transnationaler Eliten zum Preis einer zunehmenden Verelendung der Mehrheit der Gesellschaft. Die Lockerung staatlicher Kontrollen des Kapitals beinhaltete die Privatisierung sozialer Leistungen und eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeit durch die Schwächung oder Abschaffung rechtlicher Rahmenbedingungen zum Schutze von Arbeiterinnen und Arbeitern. Durch die Lockerung staatlicher Finanz- und Handelsbeschränkungen konnten Unternehmen besseren Zugriff auf Regierungen erlangen sowie Land und natürliche Ressourcen aus Lateinamerika, Russland, Osteuropa, China, Südostasien und zuletzt Irak in den ungezügelten globalen Markt saugen. Nach dem 11. September 2001 nahm die neoliberale Geopolitik der USA mit dem Start des »Kriegs gegen den Terror« eine neue aggressive Wende. Bis zum Januar 2006 führte dieser Krieg zum Tod von über einer halben Million Irakern und von über 3.000 US-Soldaten. Durch xenophob motivierten Nationalismus gesteigerte *Homeland Security* führte zur Verschärfung der US-Einwanderungspolitik und zur Abschiebung tausender Arbeiterinnen und Arbeiter ohne Papiere. Dies sind Beispiele einer langen Reihe von Opfern und Beschädigungen. In dieser aktuellen Phase gewalttätiger Hegemoniebestrebungen der USA ist es wichtig sich daran zu erinnern, dass der neoliberale Kapitalismus schon lange einen verdeckten Krieg gegen die Körper und die Natur führt. Im folgenden wird ein Kapitel dieses verdeckten Kriegs gezeigt: die Körper, die er ins Visier nimmt, seine versteckten Kosten und die materiellen Bedingungen, die diejenigen umklammern, die ins Fadenkreuz geraten: im Süden wie im Norden, quer über den Globus verteilte, flexible feminisierte Subjekte.

## 1. Bio-Deregulierung – »La Realidad Vivida en Carne Propia«

Egal wie wir es nennen, so Teresa Brennan in »Der Terror der Globalisierung« (2003), der im Neoliberalismus entfesselte, unkontrollierte Wettbewerb hat zu unerschwinglichen und unerträglichen Lebenskosten geführt. Brennan führt eine scharfsinnige Analyse des täglichen Lebens im Westen durch. Sie zeigt, dass das globalisierte Kapital in seinem Profitstreben alle Aspekte der Produktion beschleunigt, so auch die Distribution, den Konsum und den Tausch. Für die Nutzung menschlicher und natürlicher Ressourcen in der kapitalistischen Produktion begibt sich das Kapital bei der Suche nach Nachschub auf eine Reise um die Welt. Anders ausgedrückt heißt das, dass Kapitalisten dann durch Umsiedlung und durch Outsourcing Kapital zu akkumulieren versuchen, wenn die Zeit zur Reproduktion zu lang wird und damit die Kosten zur Reproduktion der täglichen Arbeitskraft wie auch der nächsten Generation zu hoch werden. Von den Erfordernissen menschlicher wie natürlicher Reproduktionszyklen abzusehen hat zur Folge, dass Leben beschädigt wird. Je mehr das Tempo der Kapitalausdehnung und -akkumulation zunimmt und die zur menschlichen und natürlichen Reproduktion und Regeneration benötigte Zeit dahinter zurückbleibt, desto mehr dringt die Deregulierung in die elementaren Bedingungen des Überlebens ein. Am Kreuzungspunkt von weltweiter räumlicher Ausdehnung des Kapitals und Preisgabe der Zeit, die für generationale und tägliche Reproduktion, zum Überleben, benötigt wird, befinden sich die am stärksten Feminisierten, d.h. der billigste Quell von Arbeitskraft.

Wenn man sagt, dass menschliche und natürliche Reproduktion Zeit benötigt, so heißt das auch zu sagen, dass sie mit Kosten verbunden ist. Zur Senkung der mit der Reproduktion des Lebens verbundenen Kosten ist eine Strategie des Neoliberalismus die Deregulierung. Man hört viel über die Deregulierung als Instrument neoliberaler Wirtschaftsreformen, das die wohlfahrtsstaatlichen Begrenzungen der Kapitalakkumulation aufweicht, indem natürliche Ressourcen ebenso wie öffentliche Verkehrsmittel, Versorgungsbetriebe, Gesundheitsversorgung, Bildung, soziale Dienste, Land usw. privatisiert werden. Wir wissen weniger über die Deregulierung als Technologie der Bio-Macht, die Menschen genauso wie die natürliche Welt das soziale Wesen der Natur und die körperliche, bewusste Existenz auspumpt. Um als Einzelne und als Gattungswesen überleben zu können, müssen Menschen die Mittel herstellen, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer Lebensbedingungen benötigen. Diese Aufrechterhaltung hängt von der menschlichen genauso ab

wie von der natürlichen Welt, ein in der Geschichte bisher unausweichliches Faktum. Die Voraussetzung menschlichen Lebens oder die Bedingungen der täglichen wie generationalen Reproduktion sind gemeinhin auch als menschliche Bedürfnisse bekannt. Es ist allgemein anerkannt, dass Menschen Essen, Wasser, Luft und angenehme Temperaturen bzw. ein Obdach zum Überleben brauchen. Mittlerweile muss man, wie Brennan richtigerweise anmerkt, hinzufügen: Sauerstoff, saubere Luft, die nicht mehr überall vorausgesetzt werden kann. Zu diesen sprichwörtlich notwendigen Bedürfnissen kommen weitergehende Bedürfnisse nach Kommunikation und Ausleben der eigenen Möglichkeiten der Gefühlsempfindungen – der Stoff, der das Mit- und Untereinander der Leute, das menschliche Leben gesellschaftlich und das einzelne Leben lebenswert macht. Diese sozialen Bedürfnisse sind von den körperlichen nicht getrennt, sondern in diese eingewoben. Sie strukturieren Kulturen und Identitäten und beinhalten das, was Brennan die »Möglichkeit, das Leben zu genießen«, nennt. Armut, so erinnert sie uns, beeinträchtigt den Lebensgenuss, genauso wie Krankheit. Ohne die Gelegenheit, die menschlichen Fähigkeiten der Kommunikation und emotionalen sozialen Interaktion auszuüben, wird der Organismus depressiv; Depressionen senken die Immunfunktionen und damit die Aussicht körperlichen Überlebens (Brennan 2003: 17).

Die allumfassende Deregulierung (des menschlichen Körpers, des Handels, der Arbeit und der natürlichen Umgebung) strebt danach, alle Einschränkungen aufzuheben, die durch die Zeit aufgenötigt sind, die Mensch und Natur für ihre Reproduktion benötigen. Mit zunehmender Deregulierung werden die (Über-)Lebensbedingungen von ihr durchdrungen (ebd. 20). Das Ergebnis ist, dass alle Formen menschlicher Reproduktion zu teuer werden, sowohl in bezug auf Gesundheit als auch in bezug auf die nachfolgenden Generationen (ebd. 17, 87). Kinderversorgung, Kranken- und Altenpflege und Rente erlauben es den Menschen, in relativ stabilen Verhältnissen aufzuwachsen, es sich gut gehen zu lassen und alt zu werden. Doch das bedeutet zeitintensive Kosten und somit eine Last für die Kapitalakkumulation. In einem Kapitalismus »reloaded« wird die für die Reproduktion menschlicher und natürlicher Ressourcen benötigte Zeit auf das Notwendigste hinuntergeschraubt.

Seine Grenzen findet dies in den Bedürfnissen des menschlichen Organismus, der Natur und zunehmend auch in den Folgen ihres Zusammenspiels. Der ungezügelte Wettbewerb der Lohnabhängigen auf dem Weltmarkt und die daraus folgende Abwertung ihrer Arbeit könnte der krönende Sieg des

neoliberalen Kapitals sein, aber dieser Sieg wird durch die Ausweitung der Grenzen des menschlich Erträglichem errungen. Je stärker die Deregulierung in die grundlegenden Lebensbedingungen eindringt, desto mehr wird sie zu dem, was Brennan »Bio-Deregulierung« (ebd. 20, 32) nennt. Die Deregulierung des Lebens verringert die Zeit, die sowohl Menschen als auch die Natur zur Verfügung haben, um sich zu erholen, und zwingt dem Alltag neue Regeln auf. Wie die wirtschaftliche Deregulierung zieht auch die Bio-Deregulierung den kurzfristigen Profit einer langfristigen Perspektive vor (ebd. 33). Sie wirkt sich auf die Körper in den entwickelten kapitalistischen Bereichen des *globalen Nordens* aus wie auch auf die Körper der hyper-ausgebeuteten »Zwei-Drittel-Welt« des Südens. Die Folgen der Bio-Deregulierung zeigen sich in den Zwängen, die Einfluss darauf haben, wie und wo Menschen leben und arbeiten, wenn sie gezwungen sind, länger und härter zu arbeiten, Begegnungen und persönliche Kontakte eingeschränkt werden und Migration entweder eine Frage des Pendelns über lange Strecken oder des Umziehens wird. Die Deregulierung des Lebens schlägt sich nieder in Zeitmangel, einem Zeitrhythmus des Geheztseins und der Unsicherheit. Sie zeigt sich auch dort, wo die Beschäftigung nicht mehr garantiert ist und Mehrfachanstellung, Überstunden, Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitslosigkeit zu einem Zerfall emotionaler Bindungen in Familien und Gemeinden führen.<sup>1</sup>

Der Körper »dereguliert« sich ebenfalls, wenn auf die für das harmonische Zusammenspiel der verschiedenen Bio-Zyklen notwendigen Regelmäßigkeiten keine Rücksicht genommen wird. Die Sorge um das Überleben, ob real oder antizipiert, stört dieses Zusammenspiel, und diese Störung zeigt sich in zunehmender persönlicher Isolation und neuen Formen körperlicher und seelischer Verelendung – Stress. Wenn das autonome Nervensystem überlastet ist, nehmen psychosomatische Krankheiten enorm zu (ebd. 30); wenn die Umweltverschmutzung beim Menschen zu Immunschwächen, depressiven und neurologischen Störungen, Krebs und Geburtsfehlern führt, zeigt sich, wie die Bio-Deregulierung der Natur das Wohlbefinden des Menschen beeinträchtigt. Die Bio-Deregulierung nimmt ihren Lauf, wenn sich die Produktion mit ihrer Geschwindigkeit und ihren Anforderungen über die Erfordernisse der sich selbst regulierenden Körperfunktionen hinwegsetzt. Um Schritt zu halten, zwingt das menschliche Gehirn den Körper, sein Wohlbefinden zu opfern bzw. zu »deregulieren«. Es gibt folglich einen

---

<sup>1</sup> Brennan weist darauf hin, dass die Gehezttesten der Geheztten arbeitende Mütter sind (ebd. 25).

Fehlbetrag zwischen dem, was der Körper kann und dem, was sein Wille ihm aufzwingt (ebd. 30). Der deregulierte Körper kommt ohne Schlaf, Erholung und richtiges Essen aus – er nimmt Drogen, um chronische Beschwerden und stärker werdende Allergien ruhigzustellen oder greift auf illegale Drogen zurück, um seine Schmerzen zu betäuben (ebd. 24).

Die Folgen der Bio-Deregulierung überschreiten die Trennung zwischen ausgebeuteten und hyper-ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeitern. Aus diesem Grund ist es ein brauchbares Konzept, Leute in offensichtlich grundverschiedenen Situationen eine gewisse Gemeinsamkeit erkennen zu lassen. Viele in der »Ein-Drittel-Welt«, die angeblich vom globalen Kapitalismus profitiert haben, leiden unter dessen negativen Auswirkungen auf ihr Leben und ihre Gesundheit, darunter leiden auch die, die in der »Zwei-Drittel-Welt« arbeiten, um zu überleben.

Teresa Chavez, eine ehemalige Fabrikarbeiterin aus dem mexikanischen Reynosa im Bundesstaat Tamaulipas, beschreibt Folgen der Bio-Deregulierung, wenn sie die zersetzenden Auswirkungen des Freihandels auf ihr Leben beschreibt. Nach Jahren der Fließbandarbeit in einer Autofabrik findet sie keine Arbeit mehr, weil sie an einem Handwurzelknochensyndrom leidet; die repetitiven Arbeitstätigkeiten am Fließband haben ihren Körper außer Funktion gesetzt. Sie kümmert sich jetzt um die Kinder ihrer Söhne und Töchter, die bei ihr leben, so auch das Kind von Teresas Tochter, die vor einigen Jahren an Krebs gestorben ist. Das ist »die am eigenen Leib erlebte Wirklichkeit«, Fleisch gewordene Realität, sagt sie (Ojeda/Hennessy 2007: 91). Teresas eindringlicher Ausdruck, »la realidad vivida en su propia carne«, zeigt ein Bild von den Kosten, die der *Capitalism Reloaded* mit sich bringt, und die Bedeutung der Bio-Deregulierung für die Arbeiterinnen und Arbeiter am globalen Fließband.

Der freie Handel profitiert von der politischen und kulturellen Entmächtigung und Enteignung bestimmter Subjekte, einer Enteignung, die sich im Körper niederschlägt – Weiblichkeit ist eine Form der Enteignung (Hennessy 2004: 426; Hennessy 2006). Als Arbeiter feminisiert zu sein bedeutet, den Anspruch auf die eigene Leistungsfähigkeit auf doppelte Weise aufzugeben. Es gibt einen bestimmten Grad, zu dem die menschlichen Fähigkeiten, die die Arbeitskraft des feminisierten Arbeiters umfasst, vollständiger von ihrem Besitzer gelöst sind, als es bei einem Arbeiter der Fall ist, der nicht feminisiert ist. Diese Besitzlosigkeit senkt die Kosten der Arbeitskraft und vergrößert dadurch den Wert, der den Waren zugefügt wird, die der feminisierte Arbeiter produziert. In diesem Sinne sind feminisierte Arbeiterinnen und

Arbeiter nicht nur die Subjekte des Mehrwerts, sie sind vielmehr die Hyper-Ausgebeuteten. Ausbeutung ist als solche nie »wertfrei«, denn sie hängt von der Bio-Deregulierung ab und ist durch sie mit hervorgebracht. Letztere setzt an dem Punkt an, wo die Arbeiterin ihre bereits wertbeladene Arbeit, aber unterwertige Arbeitskraft, gegen einen Lohn eintauscht. Die Mehrwertakkumulation hängt davon ab und gleichzeitig von Formen der Bio-Deregulierung am Arbeitsplatz, die den Mehrwert (oder Profit) auf Kosten der Auslöschung des »carne propria«, des eigenen Fleisches der Arbeiterin oder des Arbeiters abpresst. Wie eine ehemalige Arbeiterin einer Elektronikfabrik in Nueva Laredo/Mexiko ihre Arbeit in den *maquilas* (Montagebetriebe im Norden Mexikos und in Mittelamerika – d.V.) beschreibt, zeigt, wie die feminisierte Arbeitskraft in den ganzen Körper einverleibt ist und wie der Körper der Arbeiterin durch die unternehmerische Deregulierung am Arbeitsplatz und die Deregulierung der natürlichen Welt beherrscht ist.

»Wenn du in der Fabrik arbeitest, weißt du nicht was mehr weh tut, dein Körper oder die Tatsache, dass du ein Bewusstsein hast. Dein Rücken, deine Hände. Die Schmerzen sind so groß, dass du keine Gefühle mehr hast. Du starrst nur noch auf die Uhr. Und wenn die Glocke wieder schellt, dann sagst du mit deinem ganzen Körper: ›Gott sei Dank!‹ An regnerischen Tagen haben sie immer diejenigen weggeschickt, die schlammbeschmutzt ankamen, und die verloren dadurch einen ganzen Arbeitstag. Natürlich waren die schmutzig. Sie mussten auf eigene Faust zwei *colonias* durchqueren, und das Unternehmen hatte keine Fahrgelegenheiten. Doch das Unternehmen konnte keine verschmutzten oder nassen Leute in die Fabrik lassen, die musste wegen der Festplatten sauber bleiben.«

In dem Maße, wie die Körper verausgabt werden, schafft der schmerzhafteste Verfall einer entbehrlichen Arbeiterschaft auf Seiten des Unternehmens (Mehr-)Wert.<sup>2</sup> Die Körper der zu spät zur Sony-Fabrik kommenden Arbeiterinnen und Arbeiter waren nicht nur schlammbeschmutzt, sie waren durch und durch mit Giften getränkt: Das Unternehmen entsorgte die bei der Produktion anfallenden Chemikalien direkt in den Fluss – die einzige Wasserquelle der Siedlungen und unbewirtschafteten Flächen, auf denen die Mehrheit der Maquiladora-Arbeiterinnen und -Arbeiter leben. Der schmutzstarrende Körper einer Arbeiterin trägt ausreichend negativen Wert, um an einem regnerischen Tag den Wert ihrer Arbeitskraft komplett auszulöschen,

---

<sup>2</sup> Melissa Wright (2005) beschreibt den Widerspruch, dass durch die Abnutzung der Körper der Arbeiterinnen auf Seiten des Kapitals tatsächlich (Mehr-)Wert entsteht.

denn die Arbeiterinnen und Arbeiter mit dem Bus abholen zu lassen, würde die Kapitalakkumulation des Unternehmens belasten.<sup>3</sup>

Bio-Deregulierung benennt die Orte, an denen das Kapital die Zeit und Kraft der Menschen als Ernte einfährt, ihnen sprichwörtlich das Fell gerbt – Muskeln, Knochen und Bewusstsein als Wert abschält, der dem unbezahlten Teil des Arbeitstages zugerechnet werden kann; die Deregulierung der Sinne durch den Stress und die Kraft, die dafür nötig ist, die Produktion zu beschleunigen, Produktionsquoten zu erfüllen und Überstunden zu machen. Der beständige Abbau von Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften bedeutet auch dauerhafte Behinderungen, Fehl- und Totgeburten und entsetzliche Geburtsfehler aufgrund der am Arbeitsplatz verwendeten Chemikalien und Gifte. »Vergewaltigung« könnte eine passende Metapher für diese Taten sein, aber es ist auch die sprichwörtliche Tauschwährung als Preis für einen Job. Eine ehemalige Maquiladora-Arbeiterin beschreibt das wie folgt:

»Ich erinnere mich an einen Tag, als ich als Gewerkschaftsvertreterin des Unternehmens die Aufgabe hatte, zu dem Vorplatz zu gehen, wo die Arbeiterinnen eingestellt werden, und dort einige abholen sollte. Die Unternehmensleitung hatte mir gesagt, ich solle etwa 50 von ihnen holen. An dem Tag warteten viele Frauen in der Schlange. Auf der einen Seite des Platzes war das Büro des Gewerkschaftssekretärs der CTM (Confederación de Trabajadores de México). Der kam jeden Tag, meldete sich und ging dann wieder. Seine Zeit verbrachte er mit Politik, aber in der Fabrik war der kaum. An dem Tag war er da, um sich mit ein paar Reportern zu treffen. Währenddessen hat der Typ, der für Einstellungen zuständig war, die Frauen überprüft. Er war so widerlich. Er sagt zu mir: »Hier, nimm diese mit, aber die anderen bleiben bei mir. Sie sind *carne fresca*, Frischfleisch. Wenn diese Frauen den Job wollten, mussten sie mit ihm mitgehen und Sex mit ihm haben. Danach würde er sie zur Fabrik bringen. Ich erinnere mich an den Ausdruck auf ihren Gesichtern, sie waren so jung und hatten schreckliche Angst. Also ging ich ihn vor dem Gewerkschaftssekretär und der Presse an, ich sagte: »Sie kommen alle mit mir mit, und du wirst das nie wieder tun! Von jetzt an werden die Arbeiterinnen direkt in die Fabrik kommen, um eingestellt zu

---

<sup>3</sup> Viele Maquilas bieten Busfahrten zur Fabrik an, allerdings ziehen sie die Kosten dafür vom Lohn ab. Im Beispiel dieser Firma gelang es den Arbeiterinnen, Busfahrten durchzusetzen, allerdings erst nachdem sie sich gewerkschaftlich organisiert hatten und selbst die Busse (alte US-Schulbusse) suchten, mit denen ihnen das Unternehmen erlaubte, die Brücke zur Fabrik zu überqueren.

werden«. Und ich habe den Gewerkschaftssekretär dafür angezeigt, dass er dieses Schwein gedeckt hat.«

Wenn die Identität als feminisierte Arbeiterin am Körper haftet, dann zeigt die Tat dieser Arbeiterin uns und ihren *compañeras*, dass dies nicht zwangsläufig so ist. Der Wert, der der Arbeitskraft anhaftet wird gegen einen Lohn eingetauscht – das Ausmaß, bis zu dem dieser Tausch nicht in den eigenen Händen liegt, ist auch deswegen ein Kampfschauplatz, weil die Bedeutung des Körpers, der Wert, der seinen Fähigkeiten anhaftet, nicht für sich selbst spricht.

## 2. »What's Real?« – Wirklichkeit und Wahrheit der Körper

Die sich über die Landschaften, Industriegebiete und Freihandelszonen vielfältigenden Formen der Bio-Deregulierung stehen in einem zeitlichen Zusammenhang mit Prozessen der ungleichmäßigen Assimilation und Vereinnahmung von schwul-lesbischen, transgeschlechtlichen und *post-gay* Identitäten durch die kulturelle Wirklichkeit (cultural »real«), Prozessen, die das Voranschreiten des neo-liberalen Kapitalismus begleitet haben. Die vorherrschende Art und Weise zu erkennen, was wirklich und wahr ist (»what's real«), trägt zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus, wie auch der Bio-Deregulierung bei. Es entsteht eine Engführung des Wissens um die gesellschaftlichen Verhältnisse, die das Vordringen des Kapitalismus in die Zeit beschleunigen, die benötigt wird, uns als menschliche Wesen zu reproduzieren und unsere menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Neoliberale Ideologien nehmen vielfältige Formen an, dazu gehören moralische Diskurse, Erzählungen von individueller Verantwortung und Wettbewerb, Erzählungen von Assimilation und von den Unterschieden, die die Freiheit des »freien« Subjekts des Kapitals bestimmen, Diskurse über kulturelle Vielfalt und Multikulturalismus, über Zivilgesellschaft (als Freiwilligenorganisationen oder Zusammenschlüsse gut- und bereitwilliger Subjekte), Globalisierung und Freihandel. Die kulturelle Logik des Zufalls und der Beliebigkeit (»logic of randomness«) zeigt sich in vielen dieser Diskurse über die neoliberale Wirklichkeit. In deren Folge werden Vorstellungen von Kausalzusammenhängen zurückgedrängt, wird unausgesprochen – und durchaus auch ausgesprochen – darauf beharrt, dass die materiellen und historischen gesellschaftlichen Verhältnisse bestenfalls kontingent, zufällig und nicht vorhersagbar sind, dass Erfahrung von etwaigen zugrundeliegenden

Verhältnissen entkoppelt ist. Das flexible Subjekt, mittlerweile Klischee des globalen Nordens, ist der Inbegriff dieser Logik des Unbestimmten und Unvorhersagbaren (random cultural logic). Sein Erkennungszeichen ist das weit verbreitete englische Wort »whatever« – egal, einerlei.<sup>4</sup> Das Auftauchen des flexiblen Subjekts (wendig, biegsam, anpassungsfähig) ist, wie viele Experten hervorgehoben haben, nicht unwillkürlich, sondern vielmehr Ergebnis struktureller Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise (Martin 1994; Harvey 2005). Die für die menschliche Reproduktion notwendige Zeit wurde durch den Umbau der Arbeitsverhältnisse aufgesogen, dessen Ergebnis die Schaffung einer durch Zeitarbeit, Aufgabenerweiterung, *just-in-time* Produktion frei verfügbaren Arbeiterschaft ist. Mit der Beschleunigung der Produktion im neoliberalen Kapitalismus ging die Normalisierung von Unterschieden durch Subjektivierungstechnologien einher. Trennungen zwischen Heim und Arbeit wurden durchlässiger, die geschlechtliche Teilung der Arbeit lockerte sich in einigen Arbeitsfeldern und Unterschiede, die die herrschenden Diskurse der entwickelten Welt bisher formiert hatten, erlagen postmodernen Ambivalenzen. Die Überformungen neoliberaler Ideologie nach dem 11. September sind ebenfalls nahe Verwandte der Logik der Unvorhersehbarkeit. Dazu zählt bspw. die Kultur der Angst, die durch die Bush-Regierung angeheizt wurde, indem den Bürgern gesagt wurde, dass niemand wisse, wann und wo die Terroristen zuschlagen werden, und der Staat deswegen seine Überwachungsmaßnahmen ausdehnen müsse, um dem Zufallscharakter der feindlichen Handlungen gerecht werden zu können. Diese Logik schränkt die Bedeutung bestimmter Schlüsselbegriffe, die bestimmen, was wahr ist, ein: Die Begriffe, mit denen die Leute menschliches und natürliches Leben verstehen und mit denen sie Bedeutung stiften, werden vereindeutigt. Eine Auswirkung der neoliberalen Bio-Deregulierung besteht darin, dass sich diese Zufallslogik auch im Verständnis dessen äußert, was

<sup>4</sup> Anm. d. Übers.: Das englische »whatever« fungiert grammatisch als unbestimmtes Relativpronomen, eine Konstruktion, die im Deutschen am ehesten mit dem Indefinitpronomen vergleichbar ist. Anders als bestimmte Relativpronomen, die sich auf ein bestimmtes, bekanntes Substantiv beziehen, bleibt gerade das im Ausdruck »whatever« offen. So tritt dieser Ausdruck als Platzhalter für Unbekanntes, Unbestimmbares auf (»do whatever you like«, »whatever you say« usw.) bzw. entkräftet, relativiert zuvor Gesagtes, wenn es am Ende eines Aussagesatzes steht: »..., whatever.« – Ins Deutsche ist es je nach Kontext übertragbar als »wie oder was auch immer« oder »ist ja auch egal«. Als Sprechgewohnheit transportiert und verfestigt dieses »whatever« die von Hennessy im Text angesprochenen um sich greifenden Bedeutungsambivalenzen sowie ein zunehmendes Beliebigkeitsdenken.

menschliche Reproduktion und menschliche Grundbedürfnisse sind. Die Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse als zufällig anzusehen bedeutet, diesen Prozess als unvorhersehbar – als nicht durch menschliches Vermögen kontrollierbar – und die Subjekte gleichsam durch die flexibilisierten Normen des »whatever« regiert zu sehen.

Während der Neoliberalismus sich in den letzten 30 Jahren als vorherrschende gesellschaftliche und kulturelle Logik herausbildete, fand zugleich eine erstaunliche Metamorphose der Normen und Werte statt, die die sexuelle Identität formen, und die Grenzen von Toleranz und Akzeptanz wurden neu gezogen. Lisa Duggan hat dargelegt, wie sich die Rhetorik der offiziellen neoliberalen Politik in den USA in den 1990er Jahren von der Allianz des »Kulturkriegs« hin zu einer des oberflächlichen »Multikulturalismus« verschoben hat, der mit den globalen Bestrebungen der US-Geschäftsinteressen kompatibel ist. Im neuen Jahrtausend bildet sich eine »enge, formale, nicht auf Umverteilung zielende Form der ›Gleichheit‹ heraus«, die mit dem Gerede vom »dritten Weg« (weder *queer* noch konservativ) der Homonormativität einen schwul-lesbischen Mainstream formt, der »eine entpolitisierte schwul-lesbische Kultur vertritt, die tief im privatisierten emotionalen Leben des Zuhauses und des Konsums verankert ist« (Duggan 2004: 44ff.). Dies kann man z.B. an einer Titelgeschichte des *Time Magazine* vom Oktober 2005 sehen, *The Battle Over Gay Teens*, in der behauptet wird, dass Jugendliche in immer jüngerem Alter ihr Coming Out haben, doch dass, egal ob auf Seiten der religiösen Rechten oder progressiven Linken, der Trend in Richtung post-schwul-lesbische (post-gay) Identitäten geht. Oder wie Rich Savin-Williams (Cornell-University) schreibt: »Nur weil sie schwul sind, müssen sie nicht bei einer Demonstration mitlaufen.«<sup>5</sup>

Entgegen diesem »post-gay«-Trend zeigt eine Studie von Lee Badgett (1997) eine gänzlich andere Wirklichkeit, die weder CSD-Demonstrationen noch post-schwul-lesbische Verlautbarungen aufgreifen. Badgett zeigt, dass, wenn es um den Wert ihrer Arbeitskraft geht, Lesben in der Arbeiterschaft der USA immer noch Frauen und die Mehrheit der schwulen Männer keine ganzen Männer sind. »Lesbische und bisexuelle Frauen verdienen etwa so viel wie heterosexuelle Frauen; schwule und bisexuelle Männer verdienen 17% weniger als heterosexuelle Männer mit derselben Ausbildung und Herkunft, am gleichen Ort und mit derselben Beschäftigung.« (Badgett 2001)

---

<sup>5</sup> Eine prägnante Analyse der Debatten in den USA um die Homo-Ehe führt Mariana Valverde (2006) vor.

Dennoch hat die Eingemeindung post-schwul-lesbischer Subjekte, die die flexible Logik des Unvorhersehbaren von Arbeit und Leben begleitet hat, die öffentliche Vorstellungswelt in den USA fest im Griff und geht mit einem neuen nationalistischen Diskurs einher, zu dessen Schlüsselworten »Heim«, »Sicherheit« und »Familie« gehören. Die Verbreitung »post-schwul-lesbischer flexibler Subjekte« und die Assimilierung der Homonormativität in den USA geschieht durch eine parallele Unterströmung konservativen *Backlashs*, die sich am deutlichsten anhand von Kampagnen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe zeigt, die in den verschiedenen Bundesstaaten laufen. Ein Großteil der Rhetorik dieser Kampagnen dreht sich um die Begriffe Heim, Sicherheit, Familie. Lisa Duggan und Richard Kim bezeichnen die Ehe-Diskussion im US-Wahlkampf von 2004 als »die andere Sicherheitsfrage« und stellen fest, dass die Bush-Regierung im Wahlkampf den Backlash gegen die Homo-Ehe mit auf den Weg gebracht und als zutiefst emotionales Programm der *Homeland Security* genutzt hat. Da die Ehe das Versprechen eines »sicheren Heim(atland)s« bietet, war dies eine wirkmächtige Ergänzung im ideologischen Arsenal des Kriegs gegen den Terror. Aber es besteht ein grundlegender Widerspruch zwischen der imaginären, symbolischen Anziehungskraft von Ehe als Garant des sicheren Heims (egal ob begrenzt auf heterosexuelle Paare oder demokratisiert für homonormative Schwule und Lesben) und der Wirklichkeit, in der die meisten Menschen leben. So gesehen stützt die Verteidigung der häuslichen »Heimatfront« die Hoffnungen vieler, die in der Hoffnungslosigkeit eines sich auflösenden sozialen Ganzen leben und sich auf die Unterstützung der Familie verlassen müssen, die all das, was ihr zunehmend abverlangt wird, nicht mehr bieten kann. Während die konservative Verteidigung der Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau versucht, den Anschein zu erwecken, die institutionelle Basis der Familie zu stärken, sind Familien aller Art, auch schwul-lesbische, damit beschäftigt, sich über Wasser zu halten und die Arbeit zu leisten, die ihnen die Erfordernisse der Reproduktion abverlangen.

Die neoliberale Globalisierung schreitet durch die Landnahme immer größerer Teile des gesellschaftlichen Lebens voran. Ich denke, dass wir die Einverleibung schwul-lesbischer Subjekte in das kulturelle Zentrum der Homonormativität und die Debatten um die Homo-Ehe als Kampfschauplätze um die Landnahme betrachten können. Die Position der Schwulen- und Lesbenrechte, die für die Homo-Ehe eintritt, behält die mit der Institution der Ehe verschränkte soziale Realität der Unsicherheit des Zuhauses bei und belässt die Kosten im Dunkeln, die die neoliberale Wirtschaftspolitik für alle

Arten von Familie mit sich bringt, indem ökonomische und soziale Verantwortung – für Kinder, Alte und Kranke – auf die Privathaushalte verschoben wurde. Menschen demonstrieren für die Verteidigung der Ehe oder für den Eintritt in sie aufgrund ihrer nicht erfüllten eigentlichen Bedürfnisse. In dem Maße, wie soziale Sicherungssysteme verschwinden, werden Verwandtschaftsnetze für viele Menschen der einzige Rückhalt des Überlebens. Die konservative Verteidigung der Ehe und das Pendant der Schwulen- und Lesbenrechte sind zwei Seiten desselben Anliegens; beide speisen sich aus den Kosten, die die Bio-Deregulierung abverlangt, aus den unbefriedigten Bedürfnissen der Arbeitenden, aber sie tun dies beide auf ideologische Art und Weise. Der Diskurs über post-schwul-lesbische Homonormativität ist eine Ergänzung dieser beiden Seiten. Er kann für eine *Whatever*-Haltung in Fragen sexueller Identität eintreten, er kann als progressiv oder sogar als befreiend erscheinen. Aber der Diskurs über das flexible Subjekt gibt keinerlei Hinweise auf die Gründe der Unsicherheiten, die die meisten post-schwul-lesbischen Leben strukturieren.

Die Kulturen des Neoliberalismus bieten verschiedene eng abgesteckte Wege des Verständnisses menschlicher und natürlicher Fähigkeiten und ihrer Beschaffenheit an. Als Begriff, der eine der Technologien des neoliberalen Kapitalismus offenlegt, kann Bio-Deregulierung uns dazu in die Lage versetzen, die Art und Weise zu betrachten, in der Sexualität, Körper und Geschlechtsidentität ebenso in einer Reihe von Praxen des US-Nationalstaats auftauchen wie auch transnational in den vielfältigen und geteilten gesellschaftlichen Unsicherheiten der im globalen Norden und Süden lebenden und arbeitenden Menschen. Diese Herangehensweise ermöglicht es uns, die Normen besser zu verstehen, die das Normale, das Erträgliche, das Unsagbare regulieren, am Arbeitsplatz und außerhalb, inner- und außerhalb des symbolischen und schwer zu erreichenden »Heims«, und sie ermöglicht uns, die Rolle dieser Normen zu begreifen, die sie bei der Enteignung der grundsätzlichen und gesellschaftlichen menschlichen Bedürfnisse einer Mehrheit von uns spielen. Darüber hinaus denke ich, dass der Diskurs post-schwul-lesbischer Assimilation und die gegen Schwule und Lesben gerichtete Verteidigung der Ehe in den USA beide Teil einer internationalen Arbeitsteilung und neoliberaler Geopolitik sind. Dabei sind die Formen der Lebensführung, die in den fortgeschrittenen Bereichen der Kultur der Ein-Drittel-Welt gelten, historisch und materiell eng gekoppelt an die Feminisierung der Arbeitsverhältnisse gerade jenseits dieser hochentwickelten Bereiche. Einem speziellen Kapitel dieses geschichtlichen Zusammenhangs wende ich mich im folgenden zu.

### 3. Jeans with Justice – im Namen der Gerechtigkeit produzierte Hosen?

Jacob Levi Strauss (1829-1902), geboren als Loeb Strauss in Buttenheim in Bayern, war das jüngste von sieben Kindern. Sein Vater, Hirsch Strauss, war Textilwarenhändler, der 1845 überraschend an Tuberkulose starb. Zwei Jahre später starb auch seine Mutter, Rebecca Haas-Strauss, und Loeb sah armen Verhältnissen entgegen. Er nahm ihre zwei Töchter und emigrierte in die USA zu den älteren Strauss-Söhnen, die in New York einen Textilwarenhandel aufgebaut hatten. Als die Nachricht des kalifornischen Goldrauschs die Ostküste erreichte, sah Loeb, zu dem Zeitpunkt schon als »Levi« bekannt, an der *Western Frontier* gute Geschäftsmöglichkeiten auftauchen. 1853 nahm er die US-Staatsbürgerschaft an und reiste nach San Francisco, wo er der Westküstenvertreter des Familienunternehmens wurde und den Bergleuten Arbeits- und Lebensmittel verkaufte. Ihm wurde schnell klar, dass der Stoff, den er zur Erfüllung bestimmter Bedürfnisse, für die Herstellung von Zelten und als Dachplanen für die Wagen, mitgebracht hatte, viel besser dafür genutzt werden konnte, weitaus dringenderen Anforderungen gerecht zu werden: nämlich strapazierfähige Hosen für die Bergleute herzustellen. 1872 kam Jacob Davis, der Erfinder der Stahlniete für die Verstärkung von Hosen, zu Strauss nach San Francisco, um die erste Jeansfabrik der Westküste zu leiten.<sup>6</sup>

Es folgte ein langfristiges Engagement durch Levi Strauss, auf Bedürfnisse von Arbeitern einzugehen, und es entstand der Ruf einer ethischen Unternehmensführung. Als Levi Strauss 1902 starb, war er ein hoch angesehenes Mitglied der Gemeinde, das gemeinnützige Arbeit, Waisenhäuser und die jüdische Synagoge unterstützte. Da er keine direkten Nachkommen hatte, ging das Unternehmen in den Besitz seiner Neffen, der Haas-Familie, die Levi Strauss' Investitionen in progressive Arbeitgeberpraktiken und Philanthropie fortsetzten. In den darauffolgenden Jahren gründete das Unternehmen eine Reihe von Stiftungen, unterstützte Museen und Wohlfahrtsorganisationen und gab zig Millionen Dollar an die Universität Berkeley, an der das Institut für Betriebswirtschaft nach einem Nachkommen von Levi Strauss benannt ist (Schoenberger 2000: 47). Das Unternehmen Levi Strauss & Co ist stolz auf das seit langem bestehende Profil eines ethisch geführten

<sup>6</sup> Biographische Details zu Jacob Levi Strauss siehe »Jewish Life in the American West«, vgl. [www.museumoftheamericanwest.com](http://www.museumoftheamericanwest.com) und [www.levistrauss.com](http://www.levistrauss.com)

Unternehmens und weist u.a. auf den Beitrag zur Integration in der Textilindustrie des Südens, d.h. der Zusammenarbeit Weißer und Schwarzer, hin. Levi Strauss hatte gegen Forderungen nach einer segregierten Arbeiterschaft aufbegehrt und war einer der ersten Arbeitgeber, dessen Betriebe ohne Rassentrennung arbeiteten. Heute in 110 Ländern mit Markenzeichen ins Handelsregister eingetragen, die unter den Namen Levi's®, Dockers® und Levi Strauss Signature™ Bekleidung verkaufen, ist Levi Strauss & Co's globale Reichweite eng verbunden mit dem Ruf eines Unternehmens, das auf proaktive Art und Weise auf Arbeiter eingeht. Auf der Internetseite des Unternehmens wird der unternehmerische Ansatz des »Profit durch Prinzipien« vorgestellt und der Mut herausgestrichen, gemäß den Grundwerten des Unternehmens zu handeln. Es wird geltend gemacht, dass das Unternehmen auf Kunden eingeht, die »Unternehmen zur Rechenschaft ziehen, nicht nur für ihre Produkte, sondern auch dafür, wie sie hergestellt und vermarktet werden«. Wenn wir den Weg nachverfolgen, wie die Produkte von Levi Strauss & Co hergestellt und vermarktet werden, dann stoßen wir auf eine Reihe von Begebenheiten, in denen die Einverleibung post-schwuler Identitäten und viel brutalere Formen der Bio-Deregulierung aufeinandertreffen. Levi Strauss & Co's Engagement im Wertediskurs speist sich aus zwei aufeinanderfolgenden und punktuell sich überschneidenden globalen Krisen: den Auswirkungen der AIDS-Epidemie und der strukturellen Anpassung der Produktion, um angesichts des Wettbewerbs die Profitrate halten und steigern zu können. Erstere bringt die Firma zu einem großen unternehmerischen Beitrag zur HIV-Aufklärung, als Unterstützung ihrer schwulen Arbeiter in San Francisco und durch AIDS hervorgerufene Philanthropie. Letztere führt zu einem jahrzehntelangen Prozess der Verlagerung der Produktion ins Ausland. Dass Levi Strauss & Co in der Mitte der 1990er Jahre eine Vermarktungsstrategie betrieb, die ausdrücklich auf junge schwule und *transgender* Subjekte zielte, ist in beiden dieser Krisen begründet.

Auf Druck der Beschäftigten entwickelte Levi Strauss & Co 1982 ein Modellprogramm, das das Unternehmen zu einem international führenden Unternehmen im Kampf gegen AIDS machte. Es begann mit den Forderungen einer Gruppe von Arbeitern im Hauptquartier des Unternehmens in San Francisco. Diese Arbeiter beklagten den Verlust von Freunden und Liebhabern, die an AIDS gestorben waren, und forderten die Einrichtung einer AIDS Informations- und Spendentafel in der Eingangshalle. Der damalige Vorstandsvorsitzende und Geschäftsführer, Robert D. Haas, unterstützte das Projekt und förderte später eine Reihe von Initiativen, die sich zu

einer facettenreichen Kampagne bündelten und die Aufklärung über AIDS, Gesundheitsversorgung sowie ein Outreach-Programm mit der schwulen Community beinhaltete.

Dieses »umfassende und anspruchsvolle Programm« machte Levi Strauss & Co zu einer »der größten und wichtigsten Ressourcen für die Bevölkerung San Franciscos. Seither haben sich gemeinnützige Einrichtungen, Kliniken, Handelskammer und Aktivistengruppen an Levi Strauss & Co zwecks Rat in der AIDS-Aufklärung gewandt« ([www.levistrauss.com](http://www.levistrauss.com)). Bis 1992 war Levi Strauss & Co die einzige Fortune 500 Firma, die Sozialleistungen für gleichgeschlechtliche Paare gewährte, und bis zum Ende des Jahrhunderts gewährte die Levi Strauss & Co Stiftung über 3 Millionen Dollar im Jahr an Zuschüssen, viele gingen an Projekte der AIDS-Arbeit. Die Stiftung des Unternehmens finanzierte darüberhinaus viele Projekte aus dem LGBT-Bereich (lesbisch/schwul/bisexuell/transgender-Projekte), darunter das LGBT-Filmfestival und das Hetrick-Martin-Institut. Sie gehörte auch zu den Stiftungen, die ihre Finanzierung der Pfadfinder zurückzog, weil die *Boyscouts of America* Schwule und Lesben diskriminieren. 1991, ein Jahrzehnt nachdem Levi Strauss & Co eine führende Rolle in der Befürwortung von Schwulen- und Lesbenrechten eingenommen hatte, wurde es das erste multinationale Unternehmen, das einen umfassenden Ethikkodex für die Zulieferer- und Herstellerbetriebe des Unternehmens verabschiedete. Die Geschäftspartner werden in diesen Verhaltensmaßregeln, den *Global Sourcing and Operating Guidelines*, darauf verpflichtet, »gesetzestreu und im Rahmen der Durchführung ihrer unternehmerischen Geschäfte stets im Einklang mit den rechtlichen Bestimmungen zu handeln ... und mit Levi Strauss & Co das Engagement zu teilen, zur Verbesserung der Bedingungen der Kommune beizutragen (sowie) sicherzustellen, dass ihre Angestellten in keinem Fall physischen Risiken ausgesetzt werden, fair bezahlt werden, sie das Recht zur freien Assoziation ausüben können und in keiner Weise ausgebeutet werden« (ebd.).

Protest von Arbeitern und ziemlich viel Aufmerksamkeit der Medien anlässlich der Neuansiedlung von Levi Strauss & Co-Produktionsstätten im Ausland waren der eigentliche Grund für die Schaffung des Ethikkodexes. Wie viele US-Hersteller verlagerte auch Levi Strauss & Co seine Produktion, um die Profitraten durch billigere Arbeit aus dem Süden zu erhöhen. Niedrigere Löhne, schwache oder gar keine Kollektivvertretungsrechte garantieren dort, dass Arbeiterinnen und Arbeiter keine bezahlten Überstunden, Gesundheitsversorgung oder die Einhaltung von Sicherheitsvorkehrungen

fordern können und reduzieren dadurch die Kosten, die die Kapitalakkumulation bremsen. Zwischen 1981 und 1990 verlagerte das Unternehmen etwa die Hälfte seiner Produktion aus den USA und Kanada. Um 1990 gab es rund um den Globus verteilt 600 Tochtergesellschaften und Auftragnehmer in Entwicklungsländern, darunter Costa Rica, Mexiko, Guatemala, Dominikanische Republik, Brasilien, Philippinen, Südkorea, China, Hongkong, Taiwan, Macao, Thailand, Malaysia, Singapur, Bangladesh, Indien, Pakistan, Sri Lanka und Indonesien (vgl. Louie o.J.).<sup>7</sup>

Der Ausgleich der Folgen der automatisierten Produktion in einigen ihrer US-Werke wurde von Levi Strauss & Co bereits begonnen. Das Ergebnis waren Entlassungen in einigen der älteren Werke in Tennessee, Arkansas und Texas (vgl. Owen 2000). Die Schließungen trafen die Arbeiter im Süden hart, da diese Gegenden sowieso schon unter hoher Arbeitslosigkeit und Niedrigstlöhnen litten, außerdem bot Levi Strauss & Co nur schäbige Abfindungen an. Unter den entlassenen Arbeiterinnen und Arbeitern befanden sich 2.000 mexikanische und mexikanisch-amerikanische Arbeiterinnen des Levi Strauss & Co-Werks in Zarzamora/Texas. Viele dieser Frauen hatten seit mehr als 14 Jahren für Levi Strauss & Co gearbeitet, als die Produktion nach Costa Rica verlagert wurde. Mithilfe von Aktivisten und Rechtsanwälten führten die Arbeiterinnen einen Gerichtsprozess gegen das Unternehmen (vgl. Zugman 2003). Sie verloren den Prozess, aber die *Fuerza Unida* (Vereinigte Kraft), die Gruppe, die sich im Arbeitskampf gegründet hatte, brachte die Sweatshop-Praktiken von Levi Strauss & Co ans Licht der Öffentlichkeit.<sup>8</sup> Die Arbeiterinnen aus dem Werk in San Antonio beschreiben die Kosten der

---

<sup>7</sup> Ende des Jahres 1991 wurde ein Levi Strauss & Co-Auftragnehmer in Saipan (US-Territorium im Pazifik) beschuldigt, chinesische Frauen als Sklavinnen zu halten, ihnen die Pässe abzunehmen und sie bei Löhnen unterhalb des Minimums zu 84-Stunden-Wochen zu zwingen. Ein Auftragnehmer in Indonesien flog damit auf, dass er bei den Arbeiterinnen Leibesvisitationen vornahm, um festzustellen, ob sie menstruierten und ihnen der gemäß islamischem Gesetz zustehende freie Tag wirklich zustand. Angestellte eines ehemaligen Levi Strauss & Co-Auftragnehmers in Mexiko geben an, dass mindestens zehn Kinder im Alter von unter 14 Jahren in der Fabrik gearbeitet haben, dass Arbeiter entlassen wurden, wenn sie »zu oft« auf die Toilette gingen, und dass Regenwasser durch die Decke drang und auf dem Boden Pfützen bildete, die zu Stromschlägen führten. (vgl. Louie o.J.).

<sup>8</sup> Kara Zugmans Analyse bezieht Berichte der Mitglieder von *Fuerza Unida* ein und zeigt, wie die ArbeiterInnen von Levi Strauss & Co's widersprüchlichen Diskursen über Familie und Wettbewerb befangen waren und wie sie dennoch den Gegendiskurs der »Mutterschaft« neu erzählen – in Frontstellung zu dem Unternehmen und den Gewerkschaften, die sie nicht unterstützten.

Bio-Deregulierung, die Folge der Hyperausbeutung ihrer Arbeitskraft war, und darin klingt das Echo der Stimmen der mexikanischen Maquiladora-Arbeiterinnen nach: der Druck, Produktionsquoten einzuhalten, schnell zu arbeiten, nicht auf die Toilette gehen zu dürfen oder Trinkwasser zu holen und Mehrfachverletzungen, u.a. Handwurzelknochensyndrom und zerrissene Bandscheiben (vgl. Zugman 2003).

Die Verlagerung der Produktion ins Ausland erwies sich für das Unternehmen als lukrativ, in den frühen 1990er Jahren wuchsen bei Levi Strauss & Co die Profite kontinuierlich. In diesem Jahrzehnt entdeckte das Unternehmen auf äußerst aggressive Art und Weise Schwule und Transgender als Marktnische. In einer Anzeige von 1995 wird eine transsexuelle Frau auf dem Rücksitz eines Taxis gezeigt, die zum Schrecken des Taxifahrers einen Rasierapparat aus ihrer Handtasche zieht, um den Bartschatten zu rasieren.<sup>9</sup> 1996 lagen die Verkaufszahlen bei 7,1 Milliarden Dollar. 1998 entwickelte Levi Strauss & Co seine erste auf Schwule ausgerichtete Werbekampagne, die darauf aus war, junge hippe Käufer für die Marke Dockers® zu gewinnen. Die Anzeige wurde als Beilage des Magazins *Out* geschaltet und zeigte Porträts von zehn schwulen Helden, darunter James Dale, dessen Klage gegen die Pfadfinder New Jersey bis zum Obersten Gerichtshof ging. Zu dieser Kampagne sagte Mark Malinowski, der Chefmarketingspezialist von Levi Strauss & Co: »Wir versuchen die 25- bis 34-jährigen zu erreichen, die wir die modernen Stadtmenschen nennen. Als wir uns diese Gruppe angesehen haben, haben wir festgestellt, dass schwule Männer und Lesben einen großen Anteil dieser Gruppe ausmachen« (vgl. Elliott 1998). Die mit der Kampagne Betrauten geben an, dass sie viel bedeutsamer wurde, nachdem Matthew Shepherd, ein offen schwul lebender Student der Universität Wyoming, erschlagen wurde (ebd.). Eine weitere Dockers-Anzeigenkampagne von 2000/2001, die unter die Kategorie der »vage schwulen« Kampagnen fällt, zeigt eine junge Frau, die ihren Eltern ihren neuen Freund vorstellt, und wie dann sowohl die Mutter als auch der Vater mit ihm zu flirten beginnen. Im Jahr 1998 startete Levi Strauss & Co seine »What's real?«-Werbekampagne, die aus einer Reihe von Interviews mit »wirklichen« Menschen besteht, darunter ein unbeholfener Teenager namens Dustin, der vor der Kamera steht, direkt in sie hineinsieht und uns über eine Unterhaltung mit seinem Vater berichtet:

<sup>9</sup> Siehe <http://www2.commercialcloset.org/cgi-bin/iowa/portrayals.html?record=16>

»Wir haben über meine Nachbarn gesprochen, weil die mich hassen und so. Sie mochten die Musik, die ich hörte, nicht, weil ich die immer ziemlich laut gehört habe und dazu in meinem Zimmer getanzt habe. Wir haben darüber geredet, dass sie mich hassten und so. Er sagte dann: »Das ist halt der Typ Mensch, zu dem die gehören« – die sind wie *er*. »Die mögen keine Homosexuellen, die denken du nimmst Drogen.« Und ich sagte: »Papa, die wissen doch gar nicht, dass ich schwul bin.« Und er sagte: »Was hast du gesagt?« Und dann sagte ich: »Ich meine, die wissen doch gar nicht, dass ich Drogen nehme! Äh, ich meine...« ([www.commercialcloset.org/cgi-bin/iowa/portraits/html?record=92](http://www.commercialcloset.org/cgi-bin/iowa/portraits/html?record=92))

Diese halb angepasste, halb schwule oder transgender Rhetorik, die hier am Werke ist, verbindet »schwul« nur halbherzig mit Drogengebrauch und normalisiert zugleich das »schwule« Subjekt als Junge von nebenan, ein »whatever« post-schwuler Jugendlicher. Zur gleichen Zeit, in der die Verbraucher Dustin und andere Darsteller von Levi Strauss & Co sahen, erreichte das Unternehmen der NAFTA-bedingte Niedergang der US-Textilindustrie. 1998 schlossen in Texas die Werke in McAllen, Harlingen, El Paso und Wichita Fall; in Tennessee die Werke in Mountain City und Johnson City; sowie die Werke in Valdosta (Georgia), Morrilton (Arkansas), Warsaw (Virginia), Murphy (North Carolina) und Cornwall (Ontario/Kanada). 2002 schlossen sechs weitere US-Werke und bis September 2003 hatten weitere 5.900 Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Job verloren. Die zwei Werke in San Antonio waren die letzten, die in den USA geschlossen wurden. Zwei Nähereibetriebe in Edmonton und Stoney Creek in Ontario/Kanada wie auch die Fertigungsanlage in Brantford schlossen im März 2004 und vollendeten den Auszug von Levi Strauss & Co aus Nordamerika (vgl. Jones 1999).

Die Reaktion von Levi Strauss & Co auf die AIDS-Krise innerhalb der Belegschaft in San Francisco setzte die sonst übliche unternehmerische Art außer Kraft, sich über die Erfordernisse und Bedürfnisse menschlicher Körper hinwegzusetzen und sie bloß als Profitbremse zu betrachten. Gleichzeitig wurde durch die Fabrikschließungen und Unternehmenspraktiken wie die in San Antonio und die neueröffneten Werke in Asien, Zentralamerika und der Karibik die Gesundheit von Arbeiterinnen und Arbeitern völlig ignoriert und mit deren entwerteter feminisierter Arbeitskraft Kasse gemacht. Wie passen diese Geschichten zusammen? Wenn es richtig ist zu sagen, dass Levi Strauss & Co's Aufmerksamkeit in der AIDS-Krise die Voraussetzung für seine auf Schwule zielenden Marketingstrategien in den 1990er Jahren war, ist es dann auch berechtigt zu sagen, dass der Transfer der

Produktionsstätten ins Ausland materiell verbunden ist mit der Vermarktung schwuler Assimilation? Levi Strauss & Co's »What's real?«-Kampagne gemeindet schwule Jugendliche als Subjekte in den Mainstream ein, deren Anderssein normal und akzeptabel, sogar cool ist. Welche Verbindung hat diese Normalisierung der post-schwulen Subjekte zur Deregulierung der Körper der Arbeiterinnen und Arbeiter, die Levi's-Jeans zusammennähen? Besteht ein Verhältnis der Bio-Deregulierung zwischen dem spektakulären Einsatz homonormativer Körper im transnationalen Werbesektor und dem Dahinschwinden der Körper anderswo? Wenn das so ist, welche Rolle spielen die Grenzen, die sexuelle Identitäten bestimmen in diesem Feld? Ist es falsch anzunehmen, dass schwule und post-schwule Subjekte und Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter gänzlich verschieden und geografisch bestimmt sind? Was sind die Implikationen einer solchen möglicherweise falschen Annahme?

Der jüngste Arbeitskampf bei einem Levi Strauss & Co-Zulieferer in Gómez Palacio in Durango/Mexiko bestätigt die Schnittstelle zwischen Geschlechtsidentität und dem Wert der Arbeitskraft im Neoliberalismus und lässt eine komplizierte Beziehung zwischen Sexualität und Feminisierung der Arbeit annehmen. Um zu verstehen, was in dieser komplizierten Sachlage wirklich und wahr ist, dürfen wir Sexualität nicht gegen Arbeit ausspielen oder schwule Konsumenten und Bürgerinnen und Bürger des Nordens nicht von den Arbeiterinnen und Arbeiter des Südens trennen. Wir werden vielmehr die Herausforderungen annehmen müssen, die diese komplizierte Sachlage mit sich bringt und die eine transnationale Organisation immer wieder in Frage stellt.

Die Gegend um La Laguna im Norden Mexikos ist immer noch das größte Zentrum für Textilproduktion und -export des Landes und hat Zentren wie Puebla und Tehuacan im Süden längst überholt. Eigentlich ist diese Gegend eher landwirtschaftlich geprägt, vor allem Baumwollanbau findet hier statt, aber auch der Abbau von Bodenschätzen. Bis Mitte der 1990er Jahre gab es hier keine großen *Maquiladoras*. Die Reform des Artikels 27 der mexikanischen Verfassung beschleunigte 1992 die Privatisierung der *ejidos*, der Ländereien im öffentlichen Besitz, und leitete eine neue Entwicklungsphase ein. Um das neoliberale Modell durchsetzen zu können, mussten die Bewohner der *ejidos* vertrieben werden und sie wurden obdachlos. In dieser Periode wurde die Lajat Manufacturing Company gegründet, offiziell bekannt als *Maquiladoras y Manufacturas Lajat*, die ein Modell neoliberaler Geschäftsgebaren ist. Lajat gehört den Gebrüdern Bello, die Subunterneh-

mer von mindestens einem, wenn nicht von mehreren anderen Subunternehmen großer namhafter Textilhersteller, darunter Levi Strauss & Co, Mudd Jeans und Aeropostale sind. Die fünf Brüder verfügen über enge politische Verbindungen in den Bundesstaaten Durango und Coahuila und sie beschäftigen etwa 12.000 Arbeiterinnen und Arbeiter in verschiedenen Werken der Region. Dem Journalisten Julio Ramirez zufolge entstand die Lajat Company aus der Privatisierung der *ejidos* der Region Laguna vor allem auf der Grundlage eines Abkommens zwischen Lazaro Bello und dem Gouverneur von Coahuila. Zu einem niedrigen Preis wurden die Ländereien 1993 gekauft. Dies fand unter zweifelhaften Umständen statt, in denen der Leiter einer der *ejidos*, der dem Kauf ablehnend gegenüberstand, erschossen wurde und seine Leiche auf einer Müllkippe in der Wüste gefunden wurde. Dieser Mord wurde niemals aufgeklärt. Die Profiteure aus den Investitionen der Bellos in die Textilfabriken waren so ertragreich, dass sie in Torreón einen exklusiven *Country Club* und Golfplatz bauten und die örtliche Wasserversorgung abgruben, die sich aus den zunehmend austrocknenden Seen speist.

Die näheren Einzelheiten des Arbeitskampfs in den Lajat-Werken in Gómez enthüllen den Tribut an den Neoliberalismus, den die marodierende Textilindustrie von denen fordert, die in diesem tödlichen Spiel gefangen sind. Durch die NAFTA wurde 1994 die Region für die Herstellung von Jeans geöffnet. Die Unterzeichnung des CAFTA-DR im Jahr 2005 und das Auslaufen des Textilhandelsabkommens (ATC)<sup>10</sup> am ersten Tag desselben Jahres bedrohten die Textilindustrie dieser Region, denn Schutztarife fielen weg und neue Handelsvereinbarungen brachten Zentralamerika und Asien mit in den globalen Wettbewerb der Textilbranche. La Laguna hatte weiterhin einen strategischen Vorteil, denn es ist die Region der drei Sonderproduktionszonen Mexikos mit dem niedrigsten Minimallohn. Dies erlaubt es der Region, mit den Niedriglohngenden im Süden des Landes zu konkurrieren und den Unternehmen weiterhin Zugang zum großen US-Verbrauchermarkt zu bieten. Dennoch herrschte in der Region eine Atmosphäre der Jobunsicherheit vor.

Zeitgleich mit dem Auslaufen des Textilabkommens kündigte Lajat im Januar 2005 an, die Produktion von Gómez in die Stadt Torreón zu verla-

---

<sup>10</sup> Anm. d. Übers.: Details hierzu vgl. [http://www.ustr.gov/Trade\\_Agreements/Bilateral/CAFTA/CAFTA-DR\\_Final\\_Texts/Section\\_Index.html](http://www.ustr.gov/Trade_Agreements/Bilateral/CAFTA/CAFTA-DR_Final_Texts/Section_Index.html); kritisch dazu: <http://www.oeku-buero.de/veroeff>. *Das Agreement of Textile and Clothing (ATC)* galt zwischen 1974 und 2005, darin wurden die Exportmengen festgelegt, die aus den sogenannten Entwicklungsländern in die entwickelten Länder exportiert werden durften.

gern und teilte mit, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter, wenn sie weiter für sie arbeiten wollten, dort arbeiten müssten. Das Werk in Torreón liegt etwa 10 km von Gómez entfernt und das Unternehmen sagte den Arbeiterinnen und Arbeitern, dass sie auf der offenen Ladefläche von Lastwagen dorthin gebracht würden, aber abends selbst zusehen müssten, wie sie nach Hause kommen. Für viele war das ein unüberwindbares Hindernis. Die Ankündigung des Umzugs nach Torreón brachte für die Arbeiterinnen und Arbeiter von Lajat das Fass zum Überlaufen, denn die Arbeitsbedingungen im Gómez-Werk waren bereits grauenhaft – die ArbeiterInnen wurden gezwungen, bis zu 12 Stunden täglich zu arbeiten, ohne dass Überstunden bezahlt wurden. Es gab kein Trinkwasser, das Management erlaubte ihnen nicht, auf die Toilette zu gehen, und diejenigen, die es dennoch wagten, wurden davongejagt. Die Toiletten waren oft kaputt und zwei der drei hatten kein fließendes Wasser. Die Produktionsquoten waren extrem und die Arbeiterinnen und Arbeiter durften die Fabrik nicht verlassen, bevor sie die Quoten erfüllt hatten. Sie benutzten für den *Stonewash*-Effekt der Jeans viele Chemikalien, aber sie bekamen dazu keinerlei Schutzkleidung. Die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter waren junge Frauen und alleinerziehende Mütter.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter organisierten sich, um gegen den Transport nach Torreón zu protestieren, und beschwerten sich wegen der gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen. Sie gründeten ein unabhängiges Bündnis und starteten den Prozess zur Anerkennung des Kollektivvertretungsrechts als unabhängige Gewerkschaft. Die Lajat-Arbeiterinnen wandten sich an die internationale Organisation der *Coalition for Justice in the Maquiladoras* und baten diese um Unterstützung. Da der Ethikkodex von Levi Strauss & Co auch das Recht auf freie Assoziation enthält, übte das Bündnis Druck auf Levi Strauss & Co aus, sich an den Kodex zu halten. Als Reaktion darauf schickte Levi Strauss & Co die für Lateinamerika zuständige Abteilungsleiterin, um die Zustände in Gómez zu untersuchen. Zuerst sagte diese, dass die Fabrik in Gómez nicht für Levi Strauss & Co arbeite und das, obwohl die Arbeiterinnen ihr Beweise vorlegten. Dann sagte sie, dass das Werk ohne gültige Konzession von Levi Strauss & Co gearbeitet habe.

In der Zwischenzeit wurden die Organisierungsversuche der Arbeiterinnen bei jedem Schritt durch die mexikanische Kommission für Arbeitsangelegenheiten und durch den offiziellen Gewerkschaftsverband *Confederacion de Trabajadores de México* (CTM) torpediert. Je mehr Arbeiterinnen auf eine Wahl drängten, desto offener stellten sich die Arbeitsbehörde und

der Gouverneur auf die Seite des Unternehmens. Als im September 2005 ein Erfolg der Arbeiterinnen bei der Gewerkschaftsabstimmung so gut wie sicher war, verkündete Lajat die Schließung des Werks in Gómez Palacio aufgrund mangelnder Aufträge. Tatsächlich verlagerten sie die Produktion aber nur zu einem anderen Subunternehmer ein paar Häuser weiter und in das andere Lajat-Werk in Torreón. Da Lajat die Arbeiterinnen und Arbeiter rechtlich nicht einfach kündigen konnten, kürzten sie deren Löhne von 850 Pesos auf 350 Pesos die Woche (von 85 auf 35 Dollar) und stoppten die Zahlungen an die Krankenkasse sowie die Wohnzuschüsse. Arbeiterinnen und Arbeiter wurden außerdem auf Schwarze Listen gesetzt, was bedeutet, dass sie in anderen Fabriken der Region keine Jobs bekommen können.

Auf internationalen Druck hin war Levi Strauss & Co im Herbst 2005 endlich dazu bereit, die Verantwortung für die Durchsetzung des hauseigenen Ethikkodexes zu übernehmen. Doch die Art, wie das letztlich geschah, bediente einen doppelbödigen Diskurs. Gemäß des Ethikkodexes zur Unternehmensführung darf ein Zulieferer eine Fabrik nicht schließen und die Produktion in eine andere verlagern, um Organisationsversuche von Arbeiterinnen und Arbeitern zu vereiteln. Doch obwohl die Arbeiterinnen und Arbeiter das Gegenteil bewiesen, behauptete Levi Strauss & Co weiterhin, dass es in Gómez offiziell keine Produktionsstätten unterhalten habe, als die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Organisierungskampagne starteten, und es deswegen auch nichts unternehmen könne.

Normalerweise geben die Arbeiterinnen und Arbeiter auf, wenn die mexikanische Kommission für Arbeitsangelegenheiten den Prozess der Gewerkschaftsgründung verzögert, denn sie können dem langfristigen Druck und Widerstand, der ihren Organisationsversuchen entgegengebracht wird, nicht standhalten. Doch die Arbeiterinnen gewannen in diesem Fall an Stärke und schafften in dieser Region einen wichtigen Präzedenzfall. Sie gründeten eine offiziell anerkannte Koalition der Arbeiterinnen und Arbeiter, ein Gebilde, das normalerweise von der Kommission für Arbeitsangelegenheiten nicht anerkannt wird. Sie verpflichteten das Unternehmen auf ein Arbeitsabkommen, das die Verbesserung der Arbeitsbedingungen vorsieht. Sie erlangten die Wiederanstellung der zu Unrecht gefeuerten Arbeiterinnen und die Nachzahlung ihrer Arbeitsausfälle. Und sie hielten stand gegen ein riesiges multinationales Unternehmen und enthüllten dessen Praktiken in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit. Außerdem schafften sie es, in der Region eine starke soziale Bewegung in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen aufzubauen. Was noch wichtiger ist: Sie erlangten die offizielle Anerkennung und Zulassung ih-

rer Gewerkschaft, der *Lajat Workers' Union*, der ersten Gewerkschaft, deren Führungspositionen nur von Frauen besetzt sind.

Diese Siege sind das Ergebnis ihrer Unbeirrbarkeit und ihres Muts sowie der Unterstützung durch abgestimmte Verbraucherkampagnen in den USA und Kanada wie auch effektiver grenzüberschreitender Organisierung. Am Ende führten diese gemeinsamen Aktionen dazu, dass leitende Führungskräfte von Levi Strauss & Co nach La Laguna kamen, um die letzte Runde der Verhandlungen zwischen dem Lajat Management und der Lajat Workers' Union zu eröffnen. Während dieses Prozesses behielt Levi Strauss & Co seine Position bei, die es in den letzten Monaten der Verhandlungsgespräche eingenommen hatte: Levi Strauss & Co würde nicht darauf bestehen, dass Lajat die Produktion wieder nach Gómez zurückverlagert, denn, so wurde gesagt: »Wir können unseren Zulieferern nicht vorschreiben, wie sie ihre Geschäfte organisieren.« Doch wenn das so ist, wozu hat man dann einen Ehrenkodex unternehmerischen Handelns?

Die Geschichte des Arbeitskampfes bei Lajat ist die Geschichte der zügellosen Bio-Deregulierung eines Unternehmens im Streben nach Beibehaltung und Erhöhung der Profitraten. Doch die Feminisierung der Arbeiterschaft bei Lajat geschah in der Form von Herrschafts- und Unterdrückungsritualen, wie sie in anderen Maquilas ebenfalls am Werk sind. Eduardo Gonzalez, ein Arbeiter bei Lajat, erklärt, welche Formen der Bio-Deregulierung diese Feminisierung beinhaltet:

»Als ich in diese Fabrik kam, traf ich auf einen mächtigen, rücksichtslosen und neiderfüllten Chef. Er erkannte die Leistung, die wir in unsere Arbeit steckten, nicht an ... Manchmal kam Tomás Bello, der Ingenieur, um zu zeigen, dass sein Wort Gesetz ist, herumfluchend feuerte er rechts und links Arbeiter und beschimpfte uns mit Worten wie ›H...ensohn‹. Ich erinnere mich daran, dass jedes Jahr im Dezember die Gerüchte starteten, dass die Fabrik geschlossen werde, weil es keine Arbeit mehr gebe und ich spürte diese Unsicherheit und Ungewissheit bei meinem Job. Das beeinträchtigte meine Familie und würde zu persönlichen Problemen führen.« (Ojeda/Hennessy 2007: 122)

Zu Eduardos persönlichen Problemen gehört, dass seine Tochter mit einem Herzfehler geboren wurde und sie Medikamente und Operationen benötigte. Während des Arbeitskampfes lief der Krankenversicherungsschutz ab und sie starb. Als die Arbeiterinnen und Arbeiter mit der Organisierung begannen, war Biopolitik wieder die Hauptwaffe des Unternehmens. Angefangen bei der Verlagerung der Produktion nach Torreón und dem damit verbundenen 10km Nachhauseweg folgten sexuelle Belästigung von Frauen,

nächtliche Besuche des Managements bei den Arbeiterinnen und Arbeitern zu Hause, wo ihre Familien bedroht wurden, und schließlich Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen. All dies erhöhte den Druck auf die Arbeiterinnen und Arbeiter und verminderte die Chancen ihrer Familien aufs Überleben.<sup>11</sup> Doch Biopolitik spielte auch auf unterschwelligere, kaum sagbare Art und Weise eine tragende Rolle in dieser Auseinandersetzung.

Als die Arbeiterinnen und Arbeiter mit der Organisierung einer unabhängigen Gewerkschaft begannen, war einer ihrer Sprecher derjenige, der zunächst Generalsekretär werden sollte. Ein Mann, den ich hier aus Gründen der Anonymität José nenne. In einem informellen Gespräch erzählte er, dass er schwul ist, eine Tatsache, die im Arbeitskampf nicht ein einziges Mal zur Sprache gekommen war. Er hat eine Ehefrau, um die er sich kümmert und der es nicht gut geht. Er hat auch einen Sohn. Er ist stolz darauf, schwul zu sein, und lässt durchblicken, dass das kein Geheimnis war. Er erzählte, dass die Arbeit in den Maquilas eine der wenigen Möglichkeiten ist, als offen schwuler Mann, d.h. als feminisierter Mann, Arbeit zu finden. Während José's Schwulsein in den öffentlichen Auseinandersetzungen und Berichten über den Arbeitskampf keine Rolle spielte, so spielte es eine große Rolle bei den Schikanen und Einschüchterungsversuchen ihm gegenüber, die unerbittlicher wurden je mehr der Arbeitskampf im Sommer 2005 an Fahrt gewann. Anonyme Anrufe, nächtliche Drohungen und Beschimpfungen an der Haustür waren alle durchzogen mit Ausfällen gegen sein Schwulsein. Manager der Fabrik kamen zu ihm nach Hause und drohten ihm verbal Tätlichkeiten an, die das Zusammenschlagen von Schwulen, *Gay-Bashing*, beinhalteten. Als er aufgab und lieber die Abfindung annahm, als noch mehr davon zu ertragen, wurde ihm gesagt, dass er nicht auf die Schwarze Liste käme. Doch das war eine Lüge. Voller Bedauern und Reue sagt er, dass er denkt, seine Kolleg/innen verraten zu haben. Ich weiß nicht, welches Gewicht der Einsatz seines Schwulseins als Druckmittel beim Vergeltungsschlag des Unternehmens in den Überlegungen zu José's Verantwortung hat. Soweit ich das sehe, waren die Arbeiterinnen und Arbeiter weder in der Lage oder willens dazu, den Angriff auf José's Homosexualität als Strategie der Trennung seitens des Unternehmens zu erkennen, noch imstande, ihn als Teil der Entwertung ihrer aller Arbeitskraft gemeinsam anzugehen. José's Homosexualität spielte auch in der Kampagne »Jeans with Justice« keine Rolle, die zur Unterstützung der Lajat-Belegschaft von einer internationalen gemeinnützigen Organisation gestartet wurde.

---

<sup>11</sup> vgl. Ojeda/Hennessy 2007; siehe auch <http://www.coalitonforjustice.net>.

Was enthüllen diese Erzählungen? Wenn sie nahelegen, dass die aktuelle Phase des neoliberalen Kapitalismus von den Prozessen der Bio-Deregulierung abhängt und sie vertieft, indem er in die »am eigenen Leib erfahrene Wirklichkeit« vordringt, dann weisen sie auch darauf hin, dass dieser Prozess ungleich und über geografische Räume und gesellschaftliche Bereiche hinweg verschieden ist. Mit diesem Prozess einher geht das Zusammenschmelzen der für die Reproduktion der Natur und des menschlichen Lebens notwendigen Zeit und er gerinnt in den Zuschreibungen an die Subjekte, deren Körper und Fähigkeiten als Elende herabgesetzt oder als »Normale« assimiliert sind. Doch gerade weil Bio-Deregulierung ein Prozess ist, der in verschiedenen Formen und entlang unterschiedlicher gesellschaftlicher Achsen verläuft, brauchen wir Analysen, die diese Unterschiede und Taktiken erkennen können: Die Kosten sind für diejenigen, die assimiliert werden, vielleicht abgemildert und weniger brutal, aber sie sind dennoch zerstörerisch. Die Tendenz der Geschäftsdiskurse in der hochentwickelten Welt zu mehr Verantwortung, dargestellt durch einige unternehmerische Gesten wie Werbekampagnen, Philanthropie und Sozialleistungen für Angestellte, sind in dem Maße fortschrittlich, wie sie vormals dem Elend überlassene Subjekte an flexibilisiertere Formen des Normalen anpassen. Die Tatsache, dass zur Jahrtausendwende mit der Assimilierung von schwul-lesbischen und transgener Subjekten, u.a. über Werbekampagnen wie die von Levi Strauss & Co, in den Mainstream der US-Kultur begonnen wurde, ist weithin erforscht. Das Zusammentreffen dieser Vorgänge mit den intensivierten Feminisierungsprozessen der Arbeit andernorts sowie ihrer materiellen Abhängigkeit von diesen ist hingegen viel weniger begriffen. Ich schlage vor, diese Prozesse als zwei Seiten derselben Medaille zu betrachten.

Das Auftauchen des post-schwul-lesbischen Subjekts als bekanntes und anerkanntes Mitglied der flexibilisierten neoliberalen Arbeiterschaft, vielleicht sogar als Mitglied einer anerkannten »neuen Familie«, trägt nichts zur Mäßigung der Auswirkungen der Bio-Deregulierung auf die meisten arbeitenden Menschen im Norden und Süden bei. Post-schwul-lesbische Arbeiterinnen und Arbeiter machen Überstunden, arbeiten Teilzeit, arbeiten zu Minimallöhnen und managen Mehrfachaufgaben und flexible Arbeitszeiten. Vor, manchmal während und nach der Arbeit pflegen sie Alte und kümmern sich um Kinder. Auch sie sind am Gängelband des deregulierten Kapitals, das eine elitäre Minderheit bereichert. Ihr Auftauchen in der Werbung für Levi Strauss & Co ändert an diesen materiellen Verhältnissen nichts. Tatsächlich könnte man sogar sagen, dass sie damit dazu beitragen, diese Ver-

hältnisse zu rechtfertigen. Dass die Arbeiterinnen und Arbeiter, die in einer Kette von Subunternehmen der Textilbranche für dieselbe Firma produzieren, die mit einem coolen post-schwulen Image Kunden wirbt, ihrer Rechte beraubt werden, sich zu organisieren, dass ihre Körper mit Fusseln und Bleichmitteln vergiftet werden, dass Flüsse und Bachläufe, die zur Trinkwasserversorgung da sind, »blau« werden, das ist kein Zufall. Es ist eine materielle Tatsache, die uns verbindet. Wie es auch das Elend des schwulen Gewerkschafters in einem Zuliefererbetrieb von Levi Strauss & Co in Mexiko ist. Vergeschlechtlichte Elendspolitik liegt dem Verrat Josés an seinen Genossinnen und Genossen zugrunde, aber entschuldigen ihn nicht. Diese Politik bedingte auch das Verschwinden des homosexuellen Körpers aus den Organisierungsbemühungen der Nichtregierungsorganisation und aus den öffentlichen Berichten über den Arbeitskampf. Wenn die Angestellten von Levi Strauss & Co in Gómez Palacio, die ihre Jobs verloren haben, und ein ehemaliger Gewerkschafter, der seine Überzeugungen aufgegeben hat, zu den Beschädigten dort gehören, so gehören auch die Angestellten von Levi Strauss & Co in San Francisco dazu, die nie von José gehört haben.

Der Arbeitskampf bei Lajat/Levi Strauss & Co ist nur ein Beispiel von vielen, bei denen Sexualität und sexuelle Orientierung in die kulturelle Politik der Organisierung eingelassen sind, wo Aktivistinnen und Aktivisten schwul oder lesbisch sind und Schikanen und Einschüchterungsversuche darauf zielen, und dennoch wird dies fast nie in den transnationalen Strategien der Organisationen, die für soziale Gerechtigkeit eintreten, angesprochen. An den Orten beheimatet, wo Kultur und Arbeit aufeinandertreffen, beschreibt »sexuelle Orientierung« schlimmstenfalls einen Ort der Vernachlässigung und bestenfalls eine verpasste Chance. Die Logik der neoliberalen »Whatever«-Kultur und die blinden Flecken des Schweigens bleiben bei der Formulierung von Konzepten und dem Entwerfen von Strategien Herausforderungen für Geschlechterpolitik, die gemeinsame Unsicherheiten anspricht und kreative Gegenerzählungen aufstellt. Doch wenn Geschichte tatsächlich von einer Dialektik von Freiheit und Zwang durchzogen ist, dann bedeutet dies, dass das menschliche Wesen niemals komplett begrenzt ist und dass es trotz der Deregulierung des menschlichen Lebens Möglichkeiten gibt, das neu zu erzählen, was sein kann im Unterschied zu dem, was als unwiderlegbare Realität präsentiert wird.

Aus dem Amerikanischen von *Catharina Schmalstieg*

## Literatur

- Badgett, M.V. (2001): *Money, Myths and Change: The Economic Life of Lesbian and Gay Men*, Chicago
- Brennan, Teresa (2003): *Globalization and Its Terrors: Daily Life in the West*, New York
- Duggan, Lisa (2004): *The Twilight of Equality: Neo-liberalism, Cultural Politics and the Attack on Democracy*, Boston
- Elliott, Stuart (1998): »The Media Business«, *New York Times*, October 18, 1998
- Gray, John (1998): *False Dawn: The Delusions of Global Capitalism*, London
- Harvey, David (2005): *A Brief History of Neo-liberalism*, New York
- Hennessy, Rosemary (2004): Zur Ambivalenz lesbisch-schwuler Interessenvertretung in Maquiladoras, in: *Das Argument* 256, 46. Jg., H. 3/4, 420-427
- Hennessy, Rosemary (2006): The Value of a Second Skin, in: *Intersections between Feminist and Queer Theory: Sexualities, Cultures and Identities*, hrsg. Diane Richardson/Janice Mc Laughlin/Mark E. Casey, Basingstoke/UK, 116-135
- Jones, Shannon (1999): »Jeans Maker Levi Strauss to cut 5.900 jobs in the US and Canada«, *World Socialist*, <http://www.wsws.org/articles/1999/feb1999/Levi-f26.shtml>
- Louie, Miriam Ching (o.J.): »Life on the Line«, *New Internationalist*, <http://www.newint.org/issue302/sweat.html>
- Martin, Emily (1994): *Flexible Bodies: The Role of Immunity in American Culture from the Days of Polio to the Age of AIDS*, Boston
- Ojeda, Martha A./Hennessy, Rosemary (2007): *NAFTA From Below: Maquiladora Workers, Campesinos, and Indigenous Communities Speak Out on the Impact of Free Trade in Mexico*, San Antonio, TX: Coalition for Justice in the Maquiladoras, [www.coalitionforjustice.net](http://www.coalitionforjustice.net)
- Owen, Mary (2000): »Levi Strauss Workers Fight for Jobs«, *WorkersWorld*, <http://www.workers.org/ww/2000/Levi0316.php>
- Schoenberger, Karl (2000): *Levi Strauss & Co's Children: Coming to Terms with Human Rights in the Global Marketplace*, New York
- Valverde, Mariana (2006): »A New Entity in the History of Sexuality: the Respectable Same Sex Couple«, in: *Feminist Studies* 32(1)
- Wright, Melissa W. (2006): *Disposable Women and Other Myths of Global Capitalism*, New York
- Zugman, Kara (2003): »Political Consciousness and New Social Movement Theory: The Case of Fuerza Unida«, in: *Social Justice* 30(1), 153-176

# Autorinnen und Autoren

*Giovanni Arrighi* ist Professor für Soziologie an der Johns Hopkins University in Baltimore/USA; arrighi@jhu.edu

*Andreas Boes* ist Wissenschaftler am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München und lehrt als Privatdozent an der Technischen Universität Darmstadt; andreas.boes@isf-muenchen.de

*Alex Callinicos* ist Professor für europäische Studien am King's College London in Großbritannien; alex.callinicos@kcl.ac.uk

*Mario Candeias* ist Referent für Kapitalismuskritik und Gesellschaftsanalyse bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur der Zeitschrift »Das Argument« sowie des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus; candeias@rosalux.de

*Hyekyung Cho* promovierte an der Freien Universität Berlin als Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung und arbeitet derzeit als Lehrbeauftragte in Seoul, Südkorea; chohk@gmx.de

*Frank Deppe* ist em. Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg; deppe@mail.uni-marburg.de

*Rolf Geffken* ist Fachanwalt für Arbeitsrecht in Hamburg und Leiter des Instituts für Arbeit – ICOLAIR; DrGeffken@DrGeffken.de

*Peter Gowan* ist Professor für Internationale Beziehungen an der London Metropolitan University; p.gowan@londonmet.ac.uk

*Rosemary Hennessy* ist Professorin für Anglistik und leitet das »Center for the Study of Women, Gender and Sexuality« an der Rice University in Houston/Texas; rh4@rice.edu

*Stefanie Hürtgen* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialforschung Frankfurt/M; huertgen@soz.uni-frankfurt.de

*Tobias Kämpf* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) München; tobi.kaempf@isf-muenchen.de

*Christina Kaindl* ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung »Helle Panke e.V.«, Redakteurin der Zeitschrift »Das Argument« und Vorstandsmitglied des BdWi; ckaindl@zedat.fu-berlin.de

*Hans Jürgen Krysmanski* ist em. Professor für Soziologie an der Universität Münster; kryzman@uni-muenster.de

*Christoph Lieber* ist Lektor beim VSA-Verlag Hamburg und Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«; christoph.lieber@vsa-verlag.de

*Ingo Malcher* ist Politikwissenschaftler und Journalist, war Korrespondent in Südamerika und London und arbeitet als freier Autor; ingomalcher@aol.com

*Kees van der Pijl* ist Professor für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaften an der University of Sussex/UK; k.van-der-pijl@sussex.ac.uk

*Dieter Plehwe* ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung »Internationalisierung und Organisation« am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; plehwe@wz-berlin.de

*Rainer Rilling* ist Hochschullehrer für Soziologie an der Universität Marburg und arbeitet im Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung; rilling@rosalux.de

*Frank Unger* ist Privatdozent am John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien/Abteilung Politik an der Freien Universität Berlin; ungerf@zedat.fu-berlin.de

*Bernhard Walpen* ist Sozialwissenschaftler in Luzern/CH und Redakteur im Themenbereich Wirtschaftsgeschichte der Zeitschrift »Sozial.Geschichte«; bjawalpen@gmx.net